



# DAS BULLETIN

des  
alternativen  
Zug

Nummer 3 September 2003



## Wählen – so funktioniert's

1. Liste 1 «Alternative Kanton Zug» verwenden. Die aufgedruckten Namen unserer KandidatInnen ergeben 3 Stimmen für unsere Liste.

2. Wer eine Person auf der Liste bevorzugt, kann ihren Namen ein zweites Mal hinsetzen (kumulieren), muss dafür aber einen anderen streichen. Wahlzettel mit mehr als drei Namen sind ungültig.

3. Wer unsere KandidatInnen durch Namen anderer Listen ersetzt (panaschiert), begünstigt die entsprechende(n) Partei(en) zu Lasten der Alternativen, da jede Personenstimme zugleich eine Listenstimme ist.

4. Wir Alternativen haben eine Chance – jede Stimme zählt! Die Listenverbindung Alternative/SP braucht 25 % plus 1 Stimme: Dann hat die Linke einen Sitz in Bern.

## Inhaltsverzeichnis

3 **Editorial**  
Ab in den Nationalrat –  
Liste 1 wählen

4 **Steuerpaket**  
«Ungerecht, verfassungswidrig und finanzpolitisch untragbar»

6 **Steuerpaket –  
Lang vs. Scherer**  
Bürgerliche gefährden  
den sozialen Frieden

7 **Mogelpackung Lorzenstrom**  
Mit allen Wassern  
gewaschen



8 **Referendum Lehrerbeseoldung**  
Geld für Bildung

9 **Kantonsrat: Zentralspital**  
Ende gut, alles gut?

10 **Initiative Minitunnel**  
Der Traum von einer  
verkehrsfreien Zuger Innen-  
stadt



12 **Altermondialiste**  
Globalisierung von oben –  
Widerstand von unten

16 **Finanzplatz Zug**  
Was hat Kaffee mit  
Öl zu tun?

18 **Irak nach der Besetzung**  
Es droht die Eskalation  
der Gewalt



20 **Evolution**  
Das dreiteilige Hirn



23 **Sponsoring-Event Liste 1**  
«Alternative Kanton Zug»  
Schwitzen für Bern

24 **Serviceteil**  
Buch  
Kino  
Veranstaltungen  
Impressum

# Äb in den Nationalrat – Liste 1 wählen!



«Wir Alternativen engagieren uns für eine soziale und ökologische Schweiz in einer gerechteren und friedlicheren Welt.»

Das sind keine leeren Worte, keine inhaltlosen Wahlslogans – nur gerade für die Nationalratswahlen kreiert. Wir Alternativen haben die Tatbeweise in den vergangenen 17 Jahren laufend erbracht. Nachfolgend nur einige Beispiele unserer Erfolge und Einsätze:

- Verhinderung der überflüssigen Kehrichtverbrennungsanlage im Fänn bei Küssnacht
- Einführung des Nachtbusses
- Erhöhung des Frauenanteils in den Räten und Parlamenten
- Unterstützung der Gemeinde Risch in ihrer Vorreiterinnenrolle bei der Einführung von Sackgebühren als erste Gemeinde im Kanton Zug
- Einsatz für sozialverträgliche Ladenöffnungszeiten
- Kampf gegen eine unsorgfältige Planung des Zentralspitals
- Freihaltung der Grünfläche zwischen Zug und Oberwil (keine Bruibachbrücke)
- Organisation einer Grosskundgebung gegen die Ölkatastrophe in Galicien und für die Solidarität mit Betroffenen
- Wegweisend in Gleichstellungsfragen
- Anregung und Mitgestaltung von Friedenskundgebungen gegen den Irakkrieg
- Mitarbeit im Komitee das WEST den Steinhausern

- Förderung von familien- und schulgängenden Kinderbetreuungsangeboten

Diese Erfolge waren nur dank intensiver Arbeit in den Gemeinden, im Kanton und in der

Regierung möglich. Die Mitglieder der Alternativen zeichnen sich durch Fachkompetenz, Durchhaltevermögen und eine uneigennützigte Politik aus. Die Alternativen geben den Sozial-, Umwelt- und Bildungsthemen ein grösseres Gewicht als CVP, FDP und zum Teil SP. Dieses Engagement wurde vom Volk bei den Wahlen jeweils klar belohnt.

1986 wurde je ein Mitglied der Frischen Brise Steinhausen und des Gleis 3 in Risch erstmals in den Gemeinderat gewählt. Gleichzeitig nahm die SGA neu im Kantonsrat Einsitz. Bei den nächsten Wahlen, 1990, wählten die Zugerinnen und Zuger auch eine Alternative Vertretung in den Regierungsrat. 1998 wurde die Alternative Fraktion im Kantonsrat mit der Frischen Brise Steinhausen, dem Gleis 3 Risch, der SGA Baar und Zug, dem Forum Oberägeri, den Freien Wählern Menzingen und den Christlich Sozialen zur drittstärksten Fraktion. Seit dem Jahr 2002 sind SGA und Parteilose im Grossen Gemeinderat Zug die zweitstärkste Fraktion. Auch in Menzingen, Cham und Oberägeri wählte das Volk die Alternativen in den Gemeinderat. Bei den Regierungsratswahlen 2002 konnte die gemeinsame Liste Alternative Kanton Zug/SP am meisten Listenstimmen verbuchen. Ein besonderer Er-

folg für die Alternativen war das persönliche Wahlresultat von Hanspeter Uster (SGA), der das beste Ergebnis aller Kandidierenden erreichte. Mit der Wahl in den Nationalrat steht das nächste Kapitel der Alternativen-Erfolgsgeschichte vor der Türe!

Die Alternative Stimme braucht es zur Lösung wichtiger sozialer und ökologischer Probleme. Die Erhaltung unserer Sozialversicherungen ist in Gefahr, die Gleichgültigkeit gegenüber Umweltanliegen wird zu einer Bedrohung für uns alle, das Gesundheitswesen schreitet in Richtung Zwei-Klassenmedizin, die aussen- und friedenspolitischen Aktivitäten werden abgebaut, eine Politik der Steuergeschenke an die Reichen gehen unter anderem zu Lasten auf Kosten von Familien und Mieterinnen und Mietern.

Für eine soziale und ökologische Politik braucht es auch Ihre Stimme, nur so können wir uns auf einen Sitz in Bern setzen. Das Einfachste ist, Sie werfen die Liste 1 «Alternative Kanton Zug» unverändert ein. Jede Personenstimme ist zugleich eine Parteistimme. Nur wenn wir möglichst viele Parteistimmen erhalten, geht ein Nationalratssitz an die Linke.

Wir Alternativen danken Ihnen für jede Stimme und freuen uns, mit Ihnen am 19. Oktober 2003 im Siebchsaal die Wahl von Manuela Weichelt-Picard, Erwina Winiger Jutz oder Josef Lang in den Nationalrat zu feiern.

Manuela Weichelt-Picard, Nationalratskandidatin der Alternativen, Zug

# «Ungerecht, verfassungswidrig und

**Wie ungerecht das eidgenössische Steuerpaket ist, zeigen folgende Zahlen: Bei der Immobilienbesteuerung werden Hauseigentümern – vor allem Villenbesitzern – 1,8 Milliarden geschenkt. Die Mieterinnen und Mieter bekommen nichts, im Gegenteil: Beim Sparpaket zahlen sie in verschiedensten Bereichen drauf.**

**Josef Lang, Nationalratskandidat «Alternative Kanton Zug», Kantonsrat SGA**

Den Kantonsrat vermochte ich mit meinen Fakten, Zitaten und Argumenten nicht zu überzeugen, sich am Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket zu beteiligen. Aber das letzte Wort wird ohnehin das Volk haben. Deshalb soll mein kantonsrätliches Votum zu diesem umstrittenen Thema hier im Wortlaut festgehalten werden.

**Wie anno dazumal**

«Nach zwei chaotischen Versammlungen kam es am 1. Februar 1852 in der Kirche unter regierungsrätlicher Aufsicht zur Entscheidung. [...] Auf der Kirchmatt stiessen die Horden der (konservativen) «Bauern- oder Kopfsteuerparthei» und der (liberalen) «Vermögenssteuermänner» zusammen. [...] Man schlug aufeinander ein und kämpfte in der Kirche weiter, weniger blutig zwar, aber ebenso erbittert. In der Abstimmung siegte die im Interesse der Wohlhabenden agierende «Kopfsteuerparthei» knapp mit 225 gegen 210 Stimmen. [...] Für diese Lösung hatte sich besonders alt Landammann Henggeler, Grossbauer im Bättenbüel, eingesetzt. Er musste sich danach vorwerfen lassen, er habe dazu beigetragen, dass «der Arme, der an Krücken geht, gerade so viel an die Gemeindslasten zu bezahlen hat, wie der Reiche, der

zweispännig im Land herumfährt und Alles umrennt, was ihm im Wege steht!» (Zitat aus: «Ägerital – seine Geschichte», 2003, Band 1, S. 216)

Obwohl die Vorlage, über die wir heute diskutieren, ebenso ungerecht ist wie der Vorschlag, der damals knapp durchgekommen ist, dürfte es heute bei uns gesitteter zu und her gehen.

**Halbbatzig und doppelbatzig**

Bei der Familienbesteuerung gehen von den gut 1,2 Milliarden, die der Bundessteuer verloren gehen, zwei Drittel an die steuerbaren Einkommen über 100 000 Franken (nicht Nettoeinkommen!). Dieser Personenkreis macht schweizweit aber nur sieben Prozent der Steuerpflichtigen aus. Die grosse Mehrheit macht nur kleinste Einsparungen bei den Steuern, aber wird über das Sparpaket und die kantonalen Sparübungen ein Vielfaches verlieren und hat so am Schluss weniger im Portemonnaie.

Von den 310 Millionen Franken, die den Aktienbesitzenden erlassen werden, geht ein ganz kleiner Teil an Mieterinnen und Mieter und an Familien mit Reineinkommen unter 120 000 Franken. Die fast vier Milliarden Franken, welche Bund, Kantone und Gemeinden an Steuereinnahmen verlieren, kommen grossmehrheitlich reichen Hauseigentümern mit Aktienbesitz zugute.

Unsere Opposition gegen das Steuerpaket richtet sich weder gegen den Systemwechsel bei der Familienbesteuerung noch gegen denjenigen bei der Immobilienbesteuerung. Im Gegenteil: Bei der Familienbesteuerung schlug die Linke eine liberalere Lösung vor, nämlich die konsequente Individualbesteuerung. Und bei der Immobilienbesteuerung lehnen wir genau die Halbbatzigkeit oder zutreffender Doppelbatzigkeit des Systemwechsels ab.

**Fünfer und Weggli**

Wir teilen die Kritik der Bündner SVP-Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf: «Bei der Wohneigentumsbesteuerung hat das Parlament keinen Systemwechsel vollzogen, sondern lediglich die für Hauseigentümer günstigen Aspekte des alten Systems mit den für sie positiven Aspekten des neuen Systems kombiniert. Das ist ungerecht, verfassungswidrig und finanzpolitisch untragbar.» (Neue ZZ 21.6.03)

Der ursprüngliche Vorschlag des Bundesrates vom März 2000 sah vor, den Systemwechsel bei der Besteuerung des Eigenmietwertes kostenneutral zu gestalten. Er hatte damals betont, dass dieser Wechsel die Steuereinnahmen in keiner Weise beeinflussen dürfe. Da die bundesrätlichen Experten sogar mit einem Plus von etwa 100 Millionen rechneten, präzisierte der Bundesrat, allfällige Mehreinnahmen durch den Systemwechsel sollten für die gezielte Förderung von Wohneigentum verwendet werden.

Nun hat die Hauseigentümer-Lobby im Bundesparlament durchgesetzt, dass ihrer Klientel, vor allem dem bestgestellten Teil, gegen zwei Milliarden Franken Steuergeschenke verteilt werden. Hauptprofiteure werden die Villenbesitzer sein wegen einer unglaublichen Bestimmung: Grössere Unterhaltsinvestitionen ab 4000 Franken sind weiterhin abzugsfähig, und zwar ohne obere Grenze.

Nicht nur die zitierte Bündner Regierungsrätin findet solche Beschlüsse ungerecht. Der bürgerliche Schwyzer Finanzdirektor Georg Hess sagte im letzten Juni: «Wenn das Bundesparlament Steuerprivilegien für einzelne Gruppen beschliesst, wirkt das für das Volk doch schizophoren, erst recht, wenn man an das kommende Sparprogramm denkt.» (Neue ZZ 21.6.03)

Und um auch die dritte bürgerliche Partei, die FDP, zum Wort kommen zu

# finanzpolitisch untragbar»

lassen: Der Solothurner Regierungsrat und ehemalige Vizepräsident der nationalrätlichen FDP-Fraktion Christian Wanner monierte: «Die Wohneigentümer haben nun den Fünfer und das Weggli.» (NZZ am Sonntag, 29.6.03)

## Zug verliert 40 Millionen

Frau Widmer-Schlumpf sagte weiter, das Steuerpaket sei «verfassungswidrig». Was sie damit meint, hat der Regierungsrat auf Seite 5 (der Botschaft an den Zuger Kantonsrat, Red.) erklärt. Neben den Grundsätzen der Besteuerung nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Rechtsgleichheit geht es um die Verletzung der Tarifhoheit der Kantone. Die Bündner SVP-Regierungsrätin gehört nicht zu jenen bürgerlichen Politikerinnen und Politikern, die dann den Föderalismus reklamieren, wenn dieser den Privilegierten nützt und ihn dann verdrängen, wenn er ihnen im Wege steht.

Schliesslich sagte die vernünftige SVP-Politikerin, das Steuerpaket sei «finanzpolitisch untragbar.» Die fast 4 Milliarden, die Bund, Kantone und Gemeinden verlieren, müssen sie über Sparpakete wieder hereinholen. Das Sparpaket des Bundes sieht massive Kürzungen vor beim Sozialen, auf Kosten der Alten, der Jungen wie auch der Familien, beim Umweltschutz, beim öffentlichen Verkehr, bei der Bildung und Forschung, bei der Entwicklungs- und Friedenspolitik sowie bei der Landwirtschaft. Wenn Bauernvertreter das Sparpaket glaubwürdig angreifen wollen, müssen sie zuerst dessen älteren Bruder, das Steuerpaket, bekämpfen.

Unseren Kanton dürfte das Steuerpa-

## Stawiko oder das Ende des finanziellen Gewissens

Die gleichen Bürgerlichen, die jahrelang gegen einen Neuen Finanzausgleich NFA zu Gunsten schwächerer Kantone Sturm gelaufen sind, unterstützen nun ein Steuerpaket, das dem Kanton fast ein Drittel des NFA kostet. Liegt das daran, dass diese Verluste den Reichen zugute kommen?

Wie dem auch sei: Die Ablehnung des Steuerpakets durch die Mehrheit des Zuger Kantonsrates bestätigt, dass es den Bürgerlichen nicht um die öffentlichen Finanzen und damit das Gemeinwohl geht. Sie haben nur die Privilegien der Reichen und der offiziell so genannten privilegierten Gesellschaften im Sinn. Insbesondere die Staatswirtschaftskommission, welche auf Kosten des Staatssäckels die Steuer geschenke für die Reichen unterstützte, hat als «finanzielles Gewissen des Kantonsrates» ausgedient.

Die kumulierten Steuerausfälle aus dem NFA, aus dem Steuerpaket und aus den vor drei Jahren beschlossenen radikalen Steuersenkungen machen für Kanton und Gemeinden mehr als 200 Millionen Franken aus. Und das bei einem heutigen Steueraufkommen von etwa 700 Millionen Franken. Ohne substanzielle Steuererhöhungen lassen sich diese Ausfälle nur mit einem massiven Sozial-, Umwelt-, Bildungs- und Personal-Abbau finanzieren.

ket etwa 25 Millionen und die Gemeinden etwa 15 Millionen kosten, zusammen also etwa 40 Millionen. Und das zu einem Zeitpunkt, in dem die NFA-Rechnung von mindestens 130 Millionen ins Zugerland flattert. Das ist, wie die Regierung schreibt, «gravierend». Wie gravierend ist es erst für andere Kantone? Die Weigerung, ein Kantonsreferendum mitzutragen, wäre unsolidarisch und würde dem Föderalismus schaden. Der Berner Bund titelte kürzlich: «Das anvisierte Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket ist auch ein Testfall für die politische Bedeutung der Kantone.» (7.8.03)

## 151 Jahre später

Ich bin im Ägerital gestartet. Ich werde in dieser schönen Gegend landen. Anlässlich einer Buchvernissage hat der

Vertreter der Regierung, Joachim Eder, die Frage gestellt, ob ein solches Projekt heute noch möglich wäre. Seine Antwort lautete: «Heute, mit den Reizworten NFA und Steuerpaket, wäre die Finanzierung wohl um einiges schwieriger.»

Heute aber, Herr Sanitätsdirektor, geht es darum, ein Zentralspital, oder, Herr Bildungsdirektor, eine Bildungsvorlage zu finanzieren. Mit einem Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket wäre das regierungsrätliche und das kantonsrätliche Engagement für diese beiden Vorlagen glaubwürdiger gewesen.

In Oberägeri haben sich 1852 die Steuerinteressen der Privilegierten im Verhältnis von 41 zu 38 Stimmen durchgesetzt. Sollte es seit 1852 einen Fortschritt gegeben haben, dann müsste heute das Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket mindestens mit 40 zu

# Bürgerliche gefährden den sozialen Frieden



**Es geht um viel, erschienen ist wenig Publikum: rund 30 Leute fanden am 27. August den Weg ins Casino zum Streitgespräch zwischen SVP-Nationalrat Marcel Scherer und Herausforderer Jo Lang. Die Abwesenden verpassten Aufklärung darüber, welches die Knackpunkte des Steuerpaketes sind**

**Martin Stuber, SGA-Kantons- und Gemeinderat, Alternative Kanton Zug – Bilder BULLETIN**

Nur wenige Inhalte und noch weniger politische Konfrontationen sind im Vorfeld der Nationalratswahlen vorhanden. Das von den Alternativen lancierte Streitgespräch um das unsoziale Steuerpaket bildete eine positive Ausnahme. Dass es sich bei der Familienentlastung um eine Mogelpackung handelt, wurde klar: die Ungleichbehandlung von Konkubinatspaaren und Verheirateten wird zwar teilweise aufgehoben. Doch nur um für die Abstimmung Argumente zu haben. Denn wer von der Steuersenkung materiell

tatsächlich profitiert (Leute mit sehr hohem Einkommen), möchten die Bürgerlichen nicht zum Thema machen. Die Verbesserung ist aber nur halbbratzig. Der Vorschlag der Linken, konsequent nur Einzelpersonen zu besteuern, hatte in Bern keine Chance.

Die Rhetorikseminare der SVP zeigten eine gewisse Wirkung: Scherers rhetorisches Lob an Jo Lang: «Sie sind ein guter Historiker, aber ein schlechter Mathematiker!» änderte aber nichts daran, dass er dessen Zahlen nicht glaubwürdig widerlegen konnte. Kein Wunder – sie stammen vom eidgenössischen Finanzamt.

## Jeder schaut nur für sich

Als dies immer offensichtlicher wurde, kamen die wahren Beweggründe dann doch noch zum Vorschein – Scherer: «Wir wollen die staatliche Tätigkeit einschränken, das geht am besten, wenn wir ihm weniger Geld geben.»

Das Rezept kennen wir aus den USA und Grossbritannien bestens – die verheerenden Folgen werden nun immer sichtbarer. Nun gefährden also auch die

bürgerlichen Parteien den sozialen Frieden in der Schweiz.

Zwar reden fast alle bürgerlichen Kandidierenden viel über Steuersenkungen, am Streitgespräch waren aber nur zwei zu sichten (AWG und Junge SVP). Ansonsten liess vor allem die SVP ihren Spitzenkandidaten im Stich. Offenbar gilt das SVP-Ellbogen-Credo auch für die Nationalratsliste: Jeder schaut nur für sich.

Allerdings war auch der alternative Aufmarsch sehr beschränkt. Vielleicht haben die Leute genug von der SVP? Hoffentlich. Leider unterscheiden sich die anderen bürgerlichen Parteien inhaltlich kaum mehr von der SVP – gerade bezüglich den Steuersenkungen und der allgemeinen Sparhysterie. Ein Blick auf die Nationalratslisten von FDP, CVP, SVP und ihre jeweiligen Unterlisten genügt: Alles stramm rechtsbürgerlich. Im Prinzip gibt es noch zwei Blöcke: 1) Die Rechtsbürgerlichen und 2) Alternative und SP. Gingen alle drei Sitze an den Block der Rechtsbürgerlichen, wäre nur eine Minderheit der Zugerinnen und Zuger in Bern vertreten. ■

# Mit allen Wassern gewaschen

**Rechtzeitig zur Nationalrats-Wahlkampagne hängt sich WWZ-Direktor und überzeugter Kernenergie-Befürworter Hajo Leutenegger ein ökologisches Mäntelchen um. Mit Strombezug aus Lorze-Kraftwerken geht er auf Kundenfänger. Bei näherer Prüfung entpuppt sich das Ganze als plumper Gag, mit dem umweltsensible Zugerinnen und Zuger die FDP-Wahlkampagne mitfinanzieren.**

**Text und Bild Gerhard Schmid**

In einem mehrfarbigen Hochglanzprospekt möchten uns die WWZ «Strom aus der Region Zug für die Region Zug» (abgekupfert aus der Migros-Werbung) beliebt machen. Gegen einen Aufpreis von 2 Rp./kWh können wir unseren Strombedarf aus Lorze-Kraftwerken decken und damit «Auflagen im Rahmen der TÜV-Zertifizierung zum Schutz der Umwelt erfüllen». Das ist insofern unredlich, als es sich beim TÜV-Zertifikat nicht um ein echtes Ökolabel handelt. Der (deutsche) Technische Überwachungsverein TÜV stellt mit seinem Zertifikat EEO2 lediglich sicher, dass die WWZ-Strombuchhaltung nicht mehr Elektrizität mit dem Zweirappenzuschlag ausweist als die Lorze-Zentralen 1 bis 3 produzieren. Das hat mit Ökologie etwa gleich viel zu tun, wie wenn ein Wirtschaftsprüfer eine x-beliebige Buchhaltung kontrolliert.

Die eigentlichen (schweizerischen) Ökolabels heissen «naturemade basic» und «naturemade star» (s. Kasten). Sie wurden in enger Zusammenarbeit mit Umweltverbänden entwickelt, unter anderem von WWF Schweiz, Pro Natura, Konsumentenforum Schweiz. Selbst von den Auflagen aus dem (weniger strengen) «naturemade basic» sind die WWZ weit entfernt, müssten doch ihre Kraft-

werke beispielsweise mit Fischtreppen ausgerüstet sein. Fazit: Beim Lorzenstrom handelt es sich um ganz gewöhnliche und seit über hundert Jahren existente Elektrizität aus Wasserkraftwerken.

## **Darfs ein bisschen mehr sein?**


«Mit 2 Rp. Zuschlag sind Sie dabei!» Wo bitte, wenn man fragen darf? Ein Rappen fliesst in den Lorzenstromfonds, mit dem u.a. die Effizienz der bestehenden Flusskraftwerke gesichert und optimiert wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass besagte Zentralen betriebswirtschaftlich längst amortisiert sind und für deren Instandhaltung bereits der WWZ-Grundtarif sorgt.


Der Restbetrag abzüglich MwSt, d.h. 0,86 Rp./kWh, dient der Gewinnmaximierung, Quersubventionierung von Atomstrom oder fliesst wie gehabt in den Fonds für Wahlen und Abstimmungen. Der FDP-Wahltextausschnitt für den 19. Oktober «Umleitung signalisiert!» enthält ungewollt eine tiefere Wahrheit: der Wählerschaft ein X für ein U vormachen!

## **WWZ macht auch «guten Strom»**

Trotz fragwürdigen Lorzenstrompropaganda ist natürlich Elektrizität aus Wasserkraft besser als Atomstrom. Das Betreiben von Klein- und Kleinstkraftwer-

### **Gütesiegel im Energiebereich**

**star**  zeichnet eigentlichen Ökostrom aus, dessen ökologischer Mehrwert durch die Erfüllung strenger Kriterien nachgewiesen ist. Er enthält zwingend einen Solarstromanteil.

**basic**  zeichnet Strom aus erneuerbaren Energiequellen aus, die umweltgerecht betrieben werden.



**Solaranlagen auf Dächern machen unabhängig von Strom-Monopolisten.**

ken sowie weitere WWZ-Anstrengungen sind gut, etwa die grosse Solaranlage in Ägeri und die gemeinsam mit der Stadt Zug errichtete Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des Stadions Herti. Die Kritik gilt Halbwahrheiten und undurchsichtigen Geldflüssen.

## **Durchblick und Mitbestimmung**

Gibt es Alternativen zum fragwürdigen WWZ-Lockvogelangebot? Nicht alle ZugerInnen haben beispielsweise das Glück, im Einzugsgebiet der EGH (Elektro-Genossenschaft Hünenberg) zu wohnen, welche das engere Dorfgebiet (leider ohne Seeseite, weil die WWZ mauern) mit Strom versorgt. Diese Genossenschaft bringt es fertig, trotz markant tieferen Strompreisen namhafte Beträge in Solaranlagen zu investieren und über die Verwendung ihrer Mittel sowie die Ökostromproduktion völlige Transparenz zu gewährleisten.

Als Gegengewicht zur WWZ-Abhängigkeit liessen sich Solaranlagen auf dem eigenen Hausdach erstellen oder Anteile unabhängiger Solargenossenschaften zeichnen, was einer echten Investition in unausgeschöpfte erneuerbare Energien zum Vorteil aller gleichkäme, ohne Gewinnabschöpfung und mit demokratischer Mitbestimmung. ■

# Geld für Bildung

**Gegner der Abstimmungsvorlage «Änderung des Lehrerbesoldungsgesetzes, der Unterrichtszeit und Intensivfortbildung» betonen immer wieder die finanzpolitischen Aspekte: Sparen, Sparen, Sparen. Doch genau aus gesamtwirtschaftlicher und finanzpolitischer Sicht ist es wichtig die Qualität der Schule hochzuhalten.**

**Erwina Winiger Jutz, Nationalratskandidatin «Alternative Kanton Zug», Vizepräsidentin Kantonsrat – Bild BULLETIN**

Die Zuger Wirtschaft profitiert von einem guten Standort, von guten Infrastrukturen, von einer hohen Lebensqualität, sie will auch von einer guten Schule profitieren. So ist es aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sinnvoll, gute Lehrkräfte im Schuldienst behalten zu können. Zu beachten ist, dass die Revision der Lehrerbesoldung nicht mehr Lohn bringt, sondern der Schule mehr Zeit. Mehr Zeit für das einzelne Kind, mehr Zeit für Schulentwicklung, mehr Zeit für die Weiterbildung.

## **Sparen bei der Bildung? Bevölkerung sagt Nein!**

Eine repräsentative Umfrage, die kürzlich im Auftrag des «Beobachters» (17/2003) gemacht wurde, ergab, dass nur 5,4 Prozent der Befragten Kürzungen bei der Bildung befürworten, aber 57,9 Prozent verlangen, dass hier mehr Geld ausgegeben wird. Bei keinem anderen Posten ist die Ablehnung der Kürzungen und die Zusage zu Mehrausgaben so stark.

Ein spannender Vergleich: seit 1992 stagnieren die für Bildung aufgewendeten Mittel in der Schweiz bei rund 21 Milliarden Franken bei stetigem Zuwachs der Lernenden. Die Sozialaufwendun-

gen stiegen 1992 bis 1997 von 16,4 auf 21,3 Prozent.

Die Forderungen an die Schule wachsen ständig. Sie sind vielfältig, komplex und teilweise auch widersprüchlich. Unbestritten ist nur: Alle wollen eine gute Schule. Um daran arbeiten zu können, braucht es gesunde, starke Lehrkräfte. Und die wiederum brauchen gute Rahmenbedingungen, um gesund und stark zu bleiben.

Gemäss der Forneck-Studie (Buch) fühlt sich eine Mehrzahl von Lehrpersonen spürbar ausgebrannt. Drei Aspekte werden dafür genannt: Emotionale Erschöpfung, Depersonalisierung (Verlust an Mitgefühl für die Kinder) und Leistungsverlust. Darum sind Berufsauftrag, Arbeitsbelastung und Arbeitszeit der Lehrpersonen zu überdenken. Lehrkräfte deklarieren klar einen Zeitmangel für die gewissenhafte Erfüllung ihrer Arbeit. Es geht also nicht um mehr Lohn, sondern um bessere Rahmenbedingungen.

Die recht grossen individuellen Belastungsunterschiede zwischen Lehrpersonen legen nahe, im Bereich Arbeitszeit keine «Giesskannenlösungen» anzustreben, sondern gezielt einsetzbare Pool-Lösungen zu treffen. Um Lehrpersonen vor dem Ausbrennen zu bewahren und ihnen neue Impulse für ihre Tätigkeiten zu geben, drängen sich periodische Langzeit-Weiterbildungen, sogenannte Sabbaticals, als eine mögliche Massnahme auf. Reparaturen kommen am Ende immer teurer zu stehen. Die Massnahmen dieser Vorlage beinhalten indirekt eine Ersparnis.

## **Mehr Aufgaben**

Die Schule von heutzutage baut stark auf die Zusammenarbeit mit den Eltern; gerade diese Absprachen sind Teil der erhöhten Anforderungen an Lehrpersonen. Einige Bürgerliche wollen die



«Ja zur guten Schule»: Abstimmung am 19. Oktober 2003.

Präventionsarbeit im Bereich Gesundheit und Gewalt der Schule wegnehmen. Das ist nicht glaubwürdig. Aus denselben Kreisen, welche dies verlangen, wird postwendend eine Verstärkung der Prävention gefordert, sobald die Öffentlichkeit aufgrund bestimmter Vorkommnisse sensibilisiert ist: So hatte das in diesem Sommer aktuell gewordene Problem der Jugendgewalt eine Motion von SVP-Kantonsräten zur Folge. Darin wird ausdrücklich gefragt, wie die Schule die Prävention intensivieren könnte. Wer solche Forderungen stellt, muss konsequenterweise der Schule die nötigen Mittel zur Verfügung stellen.

Wenn von «auf die Schule abgeschobenen Mehraufgaben» gesprochen wird, so sind diese nicht abgeschoben, sondern widerspiegeln eine veränderte Gesellschaft. Zu den Mehraufgaben zählen insbesondere die Berücksichtigung neuer Lerninhalte (Fremdsprachen, Computer), die Vorbereitung auf den Umgang mit gesundheitsgefährdenden Situationen (Sucht und Gewalt). Ebenso ist der Umgang mit Kindern, die zunehmend aus bildungsfernen Gesellschaftsschichten oder aus nicht tragfähigen Familienstrukturen stammen, anspruchsvoller. Hier fehlt oft das Engagement fürs Lernen. Die Forderung, solche erhöhten Anforderungen und Mehraufgaben seien wieder an die Eltern zurück zu delegieren, verkennt die Realität. ■

**Bereits im Artikel «Ja zu einer guten Schule», Bulletin 2/03, Seite 19, wurden die Vorteile eines Ja zur Reform erläutert.**



# Ende gut, alles gut?

**Am 30. November findet die Abstimmung zum Zentralspital und Pflegeheim Baar statt. Dank Behördenreferendum kann die Zuger Bevölkerung nochmals zu diesem Grossprojekt Stellung nehmen. Eine Abstimmung im Sinne der Alternativen, denn schon einmal wollte der Kantonsrat einen Projektkredit durchboxen, der aber aufgrund des Referendums der Alternativen zu Recht abgelehnt wurde.**

**Anna Lustenberger, SGA-Kantonsrätin, Baar – Bild BULLTIN**

Als Nachfolgerin der beiden Fachfrauen Manuela Weichelt-Picard und Ruth Wyss musste ich mich intensiv vorbereiten auf meine Aufgabe in der Spitalkommission. Als Erstes musste sich die Kommission gleich den beiden neuen Vorlagen Zentralspital und Pflegeheim stellen. Eine echte Herausforderung – auch für die Alternative Fraktion. Die Vorlage des Pflegeheims wird von uns vorbehaltlos bejaht.

Für das neue Projekt Zentralspital sprechen ein paar wesentliche Gründe: Eine optimale Grundversorgung für die

ganze Zuger Bevölkerung ist wichtig, und zwar in einem öffentlichen, vom Kanton unterstützten Spital. Drei Viertel der Zugerinnen und Zuger sind nur grundversichert. Ein grosser Teil des Kantonsspitals ist renovationsbedürftig. Die grossen Umtriebe bei einem Umbau, die hohen Renovationskosten sprechen für einen neuen Standort.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Spitalleistungen darf nicht den privaten, rein gewinnorientierten Anbietern überlassen werden, sei dies nun die Andreas-Klinik oder ein anderes Spital.

## **Unseriöse Planung**

Wir Alternativen haben 1999 das Referendum ergriffen, weil wir wussten, dass ein Spital für 105 Millionen Franken nicht zu haben war. Wie unseriös damals geplant wurde, zeigt sich mit dem heutigen Kredit von fast 160 Millionen. Das nun vorliegende Projekt scheint uns bedeutend glaubwürdiger. Wir sind der Ansicht, dass die Realisierung jetzt an die Hand genommen werden sollte. Das Volk hat ein Recht auf einen würdigen Abschluss der leidigen Spitalgeschichte.

## **Wermutstropfen Parkhaus**

Das Parkhaus beim Zentralspital wird in einer Grösse geplant, welche überrissen ist. Die Luft in dieser Gegend ist bereits stark belastet, nun soll die Beeinträchtigung weiter wachsen – und dies durch ein Spital! In zwei Vorstössen forderten wir die Verkleinerung auf drei Stockwerke, leider vergebens. Ökologische Gründe wurden

ignoriert, die meisten sehen den Menschen primärsitzend im Auto!

## **Gegnerschaft formiert sich**

Es ist nicht von vornherein klar, dass das vorliegende Projekt die Abstimmungshürde schaffen wird. Verschiedene Gruppierungen haben sich bereits formiert und den Abstimmungskampf eröffnet. Es sind vor allem Politgrössen, welche in irgendeiner Form mit der Andreas-Klinik verbunden sind. Aber auch Zugerinnen und Zuger, die ein Kantonsspital in der Hauptstadt bevorzugen, werden Nein sagen, ebenso Baarinnen und Baarer, welche die Entstehung und auch das tragische Ende des Baarer Spitals miterlebt haben. Sie können nicht akzeptieren, dass das gut erhaltene Gebäude dem Abbruch geweiht ist und stellen das Resultat der ganzen Spitalevaluation in Frage.

Die Befürworter, allen voran Bau-, Gesundheits- und Finanzdirektion, sind in den nächsten Wochen gefordert, dem Volk klare, überzeugende Gründe für das Zentralspital zu präsentieren, denn die Gegner werden einen aktiven Abstimmungskampf führen.

## **Alternative nicht im Pro-Komitee**

Um in einem Komitee mitzumachen, muss man von der Sache restlos überzeugt sein. Schon die Grösse des Parkhauses lässt uns kaum für das Projekt lobbyieren. Auch befürchten wir Pro-Argumente, hinter denen wir nicht stehen können (keine Steuererhöhung, keine Nachtragskredite). Zudem besteht das Komitee vorwiegend aus Befürworterinnen und Befürwortern, die unsere Anliegen (Forderungen nach seriöser Planung sowie einem Vergleichsobjekt) nie ernst genommen haben. Wir bevorzugen andere Mittel, z.B. LeserInnenbriefe, Stellungnahmen, um uns für Zentralspital und Pflegeheim einzusetzen. ■



**Zu viele Parkplätze werden beim Zentralspital entstehen.**

# Der Traum von einer verkehrsfreien Zuger Innenstadt

**Seit Jahrzehnten wird über eine Umfahrung Zug geredet. Das zweite Mitwirkungsverfahren in der Stadt Zug von 1998 erbrachte als ein Ergebnis eine Kernumfahrung der Zuger Innenstadt. Nachdem vor allem die FDP das Projekt jahrelang blockierte und es vom Kantonsrat gegen den Antrag der Alternativen Fraktion in die dritte Priorität (ab 2014) gesetzt wurde, lancierte nun Pro Zug den Minitunnel mit einer städtischen Volksinitiative.**

**Martin Stuber, SGA-Kantons- und Gemeinderat, Alternative Kanton Zug – Bild Flying Camera Baar, publiziert mit freundlicher Genehmigung der Pro Zug.**

Es gibt viele Fotobücher über die Stadt Zug und deshalb auch viele Aufnahmen aus dem alten Zug. Vor 120 Jahren bestand Zug vorwiegend aus der heutigen Innenstadt. Seit dem Wachstum des motorisierten Verkehrs und der Ausdehnung der Stadt wurden die Verkehrsprobleme aufgrund der topographischen Lage der Stadt rasch grösser und man wälzte immer wieder Pläne für eine Umfahrung. Gemäss Stadtarchivar Raschle datieren die ersten Entwürfe aus den 30er-Jahren des letzten Jahrhunderts.

Aus den 80-er Jahren stammte der Plan des Kantons, die Stadt grossräumig zu umfahren – die sogenannte Umfahrung Zug-Baar. Das Megaprojekt musste 1995 beendet werden, nachdem eine Studie der Stadt zeigte, dass der reine Durchgangsverkehr nur rund zehn Prozent ausmacht.

## **Probleme sind hausgemacht**

Die Probleme waren und sind hausgemacht und sie sind grösser denn je. Kein Wunder: auf dem Stadtgebiet gab es im Jahre 2001 über 27 000 Parkplätze – das

sind 6000 mehr als noch 1991. Auf der engen Neugasse verkehren an einem normalen Werktag rund 19 000 Autos und 587 Busse. Interessant: die Busse transportierten rund 17 000 Personen, während es bei den 32mal mehr Autos nur 23 500 waren.

## **Fünf verlorene Jahre**

Zusammen mit Dolfi Müller lancierte der Schreibende 1993 im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug eine erfolgreiche Motion für eine «realistische Stadtumfahrung». In ihrem Gefolge organisierte die Stadt zwei Mitwirkungsverfahren. Im ersten wurde unter anderem festgestellt, dass nur die Innenstadt mit einem Tunnel entlastet werden kann, im zweiten Verfahren studierte eine Arbeitsgruppe verschiedene Varianten auf ihre Machbarkeit und präsentierte die nun vorliegende Variante als beste und zugleich kostenmässig vertretbare Lösung. Inklusiv flankierende Massnahmen wurden 118 Mio Franken errechnet (Schlussbericht AG Minitunnel, S.4).

Als Aufgabe für den Stadtrat formulierte der Schlussbericht des Mitwirkungsverfahrens auf Seite 17 die Erarbeitung der Submissionsgrundlagen für einen Generalunternehmerwettbewerb, dessen Durchführung und Auswertung und basierend darauf die Erarbeitung des Strassen- und Baulinienplanes. Weiter wurde dem Stadtrat empfohlen, im Einvernehmen mit dem Kanton ein generelles Projekt für das Verkehrsregime in der Innenstadt zu erarbeiten und einen Ideenwettbewerb für die städtebauliche Gestaltung im Perimeter zwischen den drei Tunnelportalen durchzuführen.

Geschehen ist seither praktisch nichts. Schon kurz nach Abschluss des breit angelegten und im Konsensverfahren durchgeführten Mitwirkungsverfahrens machte der verkehrspolitische Sprecher (und am Verfahren offiziell beteiligte!) Ulrich Straub klar, dass die FDP

dem Minitunnel keine Priorität einräumte. Der FDP- und CVP-dominierte Stadtrat unternahm in der Folge nichts mehr. Das gipfelte letztes Jahr darin, dass Stadtrat Hans Christen, FDP, und Stadträtin Vreni Wicky, CVP, welche beide auch im Kantonsrat sitzen, dort gegen eine Versetzung des Minitunnels in die erste Priorität stimmten. Alle übrigen bürgerlichen Kantonsräte aus der Stadt Zug taten es ihnen gleich. Das Projekt wurde in die 3. Priorität versenkt (Realisierung frühestens ab 2014).

## **Pro Zug lanciert Initiative**

Derweil wuchs in den vergangenen Jahren im Gewerbe und Detailhandel der Zuger Innenstadt die Einsicht, dass endlich etwas gehen muss und eine attraktive Innenstadt eine verkehrsarme und/oder verkehrsfreie sein muss. Da bei den momentan herrschenden politischen Kräfteverhältnissen in der Stadt von der Politik nichts zu erwarten war, hat nun die Vereinigung Pro Zug gehandelt und eine Volksinitiative lanciert, welche die Erarbeitung eines Vorprojektes auf der Grundlage der oben erwähnten Machbarkeitsstudie verlangt. Am 18. September war die offizielle Medienorientierung. Im breit abgestützten Initiativkomitee sind viele Ladenbesitzer, aber auch Vertreter verschiedener Parteien.

## **SGA für Minitunnel**

An einer angeregten Versammlung ist die SGA am 4. September zum Schluss gekommen, die Initiative aktiv zu unterstützen. Die Kernumfahrung ist dabei Mittel zum Zweck. Sie ermöglicht eine teils verkehrsarme bis -freie Innenstadt und verbessert so die Lebensqualität für die Menschen in der Stadt. Andersorts war möglich (z.B. Schaffhausen) – wie so nicht in Zug?

Der Minitunnel macht für die SGA Sinn ...



Nordportal beim Dreiangel Ecke Industrie-/Gotthardstrasse: Provisorische Lage und Strassenführung (Aufgabe der Planung)

Anschluss Ägerstrasse: Hier müsste das einzige Haus abgerissen werden (Monsler Orthopädie)

Südportal: Hofstrasse (nimmt Verkehr von Zugerberg- und Hofstrasse auf)

So sieht die Linienführung des Minitunnels gemäss Machbarkeitsstudie des 2. Mitwirkungsverfahrens 1998 aus. Sie ist auch mit Baulinien gemäss Teilrichtplan Verkehr gesichert. Die Initiative hat nicht zuletzt zum Zweck, eine gute Lösung zu erarbeiten als Basis für die weitere Planung. Dies gilt insbesondere für den Nordbereich.

- wenn die Strassenflächen in der Innenstadt umgenutzt werden und dadurch die fünf Plätze Casinoplatz, Kolinplatz, Postplatz, Hirschenplatz und Bundesplatz keine Verkehrskreuzungen mehr sind, sondern offene, schön gestaltete Plätze;
- wenn die Innenstadt zu einer attraktiven Begegnungszone mit vielfältigen kulturellen Funktionen wird;
- wenn das kommerzielle Zentrum wieder etwas zurück in den Süden verlagert und die Bahnhofstrasse von der Verkehrsachse zur Flanierzone mit attraktiven Einkaufsmöglichkeiten wird;
- wenn die Kapazität für den motorisierten Strassenverkehr nicht wächst;
- wenn für all das oben gesagte die entsprechenden flankierenden Massnahmen rechtzeitig getroffen werden. Es braucht Riegel und Fahrverbote in der Innenstadt.

- wenn ein durchdachtes, auf Langsamverkehr und öffentlichem Verkehr basierendes Mobilitätskonzept entwickelt wird. Dieses muss mit der Tunnelöffnung greifen. Dazu gehören 2. Etappe Stadtbahn, Buskonzept, Regelung für Anwohner- und Zubringerverkehr.

Kurz gesagt: die Zuger Innenstadt soll den Menschen zurückgegeben werden und dem ansässigen Gewerbe eine langfristige Zukunft garantieren.

**Drei Probleme ...**

Nach der Annahme der Minitunnel-Initiative sind bei der Planung drei kritische Punkte zu überwinden.

**Bus:** Sehr viele Busse durchqueren heute die Innenstadt. Das Lebensgefühl einer sicheren Fussgängerzone ist mit den heutigen Busfrequenzen kaum zu reali-

sieren. Ein angepasstes Buskonzept, Verlagerung auf die Stadtbahn mit möglichst baldigem Halb- und später Viertelstundentakt, vielleicht auch Tempo 20 für die Busse in der Innenstadt, sind mögliche Ansätze.

**Parkplätze:** Es gibt viele Parkplätze in der nördlichen Innenstadt. Während in der erweiterten Altstadt der Zubringerverkehr zu den dort bestehenden Parkplätzen verkräftbar ist, haben wir in der Innenstadt nördlich des Postplatzes eine Reihe von Tiefgarageneinfahrten, die Verkehr generieren.

**Tunnelausfahrt Nord:** Die Tunnelausfahrt Nord samt dazugehörigem Verkehrsregime ist noch zu wenig ausgearbeitet. Da ist noch gehörige Denkarbeit und Diskussion gefordert, um eine für alle Seiten gute oder mindestens erträgliche Lösung zu finden. ■

# Globalisierung von oben – Widerstand von unten

**Schleichend und unbemerkt hat sich in den letzten Jahrzehnten eine weltwirtschaftliche Bewegung durchgesetzt, die für wenige Menschen Reichtum und Privilegierung bedeutet, für Millionen Menschen jedoch einen Rückfall in Armut, Arbeitslosigkeit und Perspektivenverlust brachte. Mit der Zusammenstellung von für mich bedeutsamen Fakten möchte ich in Grundzügen aufzeigen, was Globalisierung konkret meint und wie eine bewusste Gesellschaft gegen die negativen Auswirkungen angehen kann.**

**Text und Bilder Berty Zeiter,  
SGA-Kantonsrätin, Baar**

Als Präsident der Asea-Brown-Boverly-Gruppe, einer der mächtigsten Konzerngruppen der Welt, äusserte einmal Percy Barnevik: «Ich definiere Globalisierung als die Freiheit unserer Firmengruppe, zu investieren, wo und wann sie will, zu produzieren, was sie will, zu kaufen und zu verkaufen, wo sie will, und alle Einschränkungen durch Arbeitsgesetze oder andere gesellschaftliche Regulierungen so gering wie möglich zu halten.»

In diesem Zitat ist das Programm der «Globalisierung von oben» klar zusammengefasst. Darauf beruhen das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA), die EU-Verträge, die Welthandelsorganisation (WTO) und ihre Schwesterinstitutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF). Doch seit Jahren formiert sich ein Widerstand, eine «Globalisierung von unten», die stetig an Umfang, Kreativität und Dynamik zunimmt. Im Dezember 1999 demonstrierten in Seattle 50'000 Menschen, in Genua im Juli 2001 200 000 Menschen und in Evian/Genf

am 1. Juni 2003 80 000 bis 100 000 Menschen, um auf die Schattenseiten der Globalisierung aufmerksam zu machen.

## **Ein konkretes Beispiel: Argentinien**

Am Beispiel Argentinien wird sichtbar, welche Konsequenzen eine radikale Globalisierung nach sich zieht: über 30% Arbeitslose, Ausfall der Rentenzahlungen, Zusammenbruch des öffentlichen Gesundheitswesens, Generalstreik, verzweifelte Menschen, wilde Plünderungen. Einst siebtreichstes Land der Welt, zeigt Argentinien das Resultat einer marktradikalen Wirtschafts- und Währungspolitik im Dienste der Privilegierten. Ein Bündnis aus Technokraten des IWF und machtversessenen argentinischen Politikern hatte dem Land eine Schocktherapie verpasst durch Anbindung des Pesos an den Dollar im Verhältnis 1:1, Senkung der Importzölle und Privatisierung des gesamten Staatsbesitzes. Telefonunternehmen, Ölgesellschaften, Banken, das Fernstrassennetz gingen zu Schleuderpreisen an private Monopolisten über und liegen nun grössteils in ausländischer Hand.

Um das Festkursregime trotz des Rückgangs der Exporteinnahmen und der Kapitalflucht zu halten, nahm die Regierung gigantische Schulden in Hartwährungen auf. Da die Zinslast einen wachsenden Anteil der schrumpfenden Einnahmen frisst, strich die Regierung, stets unter Anleitung des IWF, die Staatsausgaben radikal zusammen, in erster Linie auf Kosten des Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssystems. So geht Argentinien daran zu Grunde, dass es einseitig zu Gunsten der Mächtigen in den Weltmarkt integriert wurde.

Doch im Nachrichtenstrom aus der globalisierten Ökonomie ist das kaum mehr als eine Episode. Allein seit 1995 haben Finanzmarktkrisen in mindestens zehn Staaten mehrere 100 Millio-

nen Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut gestürzt (Korea, Thailand, Mexiko, Indonesien...).

## **Auf und Ab der Weltwirtschaftsordnung**

Als Konsequenz aus der dramatischen Weltwirtschaftskrise der 30-er Jahre entstand 1944 das Bretton-Woods-System. Der Hauptpunkt dieses Systems lag in der kontrollierten Verschiebung der weltweiten Kapitalströme. Als Hilfe dazu wurde der Internationale Währungsfonds gegründet. Diese Kontrolle bedeutete weniger Freiheit für die Kapitalbesitzer, dafür ermöglichte die stabile Finanzordnung einen Aufschwung sondergleichen in den folgenden 25 Jahren. Doch die gerade zur Supermacht aufsteigende US-Regierung war nicht bereit, sich verbindlich in das System einzufügen. Mit der Eskalation des Vietnamkrieges flutete die USA die Welt mit billigen Dollars, während die britische Regierung liquides Kapital für spekulative Zwecke mobilisierte, was 1973 zum Zusammenbruch des Bretton-Woods-System führte. Dies machte den Weg frei für den explosiven Aufstieg eines Wirtschaftszweiges, der wie kein anderer das Schicksal der Menschheit beeinflusst:





Massendemo beim G8-Gipfel in Evian am 1. Juni 2003.

die globale Finanzindustrie. Befreit von Kontrollen entwickelten Banken, transnationale Konzerne und Versicherungen den Devisen- und Wertpapierhandel zum umsatzstärksten Gewerbe der Welt.

In der Folge warfen die demokratisch nicht mehr kontrollierten und nur an nationalen Interessen orientierten Entscheide von Finanztechnokraten der USA, Japans und der EU die Entwicklung der Weltwirtschaft und die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut zunehmend zurück. Ausgerechnet der IWF, dessen Aufgabe die Vermeidung von Wirtschaftskrisen war, wurde das zentrale Instrument zur Herbeiführung und Verschärfung ökonomischer Katastrophen.

Man kann das Vorgehen des IWF, für wirtschaftlich schwächere Länder das Krisenmanagement zu übernehmen, nur als «Wahnsinn mit Methode» bezeichnen. Um dringend benötigte Kredite zu erhalten, werden diese Länder verpflichtet, die Staatsausgaben radikal zu kürzen, den Kapitalmarkt zu liberalisieren, Staatsunternehmen zu privatisieren und die Märkte für ausländische Waren zu öffnen. Dadurch werden die regionalen Industrien schutzlos der weit überlegenen nordame-

rikanischen und europäischen Konkurrenz ausgeliefert und zerstört.

#### Brandstifter statt Feuerwehrleute

In den vergangenen zwanzig Jahren vergaben IWF und Weltbank gegen 1000 solcherart konditionierte Kredite, mit katastrophalen Folgen für die davon betroffenen nationalen Strukturen, doch das grösste dadurch bewirkte Desaster begann 1997, als die enorme und gezielte Verschiebung von Kapitalströmen Thailands Währung kippte und damit die Asienkrise auslöste. Die ganze wirtschaftliche Konstellation der fernöstlichen Region begann zu wanken. Eine Regierung nach der andern musste den IWF zu Hilfe rufen, doch statt der erhofften Feuerwehr kamen neue Brandstifter. Sieben Monate später lagen die zuvor aufstrebenden Wirtschaften von Thailand, Indonesien, Südkorea und den Philippinen am Boden. Drei Jahrzehnte einer prosperierenden Entwicklung wurden ausgelöscht, Elend, Hunger und Arbeitslosigkeit enorm vergrössert. Zerstört wurden die Volkswirtschaften vor allem durch die absolut verfehlten Bedingungen der IWF-Experten, welche nicht eine

Rettung der nationalen Wirtschaften verfolgten, sondern eine Sicherstellung der kurz vorher verliehenen Auslandskredite.

#### Drei Ansätze der Globalisierungs-Kritik

Die Forderung nach einer Demokratisierung der Machtverhältnisse innerhalb der weltweit wichtigsten Finanzinstitutionen IWF und Weltbank.

In den beiden Exekutivdirektorien hat die USA aufgrund ihrer Anteile ein Vetorecht bei allen strukturellen Veränderungen. Auch die EU-Staaten verfügen gemeinsam über eine Sperrminorität. Müssten die USA, die EU-Staaten und Japan sich an eine völkerrechtlich verbindliche Vereinbarung halten, wäre es vorbei mit ihrer angemassten Freiheit, ihre Geldpolitik hinter verschlossenen Türen nach Gutdünken und rücksichtslos zu beschliessen. Dies ist auch das erklärte Ziel der Reformer im Zeichen der «Globalisierung von unten».

#### Die Einführung der Tobin-Steuer

Diese Steuer, nach ihrem Erfinder, dem US-Ökonomen James Tobin benannt, wäre eine Umsatzsteuer auf Devisen-



## Altermondialiste

transaktionen. Tobin empfahl schon in den 70-er Jahren, «etwas Sand ins Getriebe unserer übermässig effizienten internationalen Geldmärkte zu streuen» und auf alle Devisentransaktionen einen Steuersatz von einem Prozent zu erheben. Dadurch würde sich das Geschäft mit den Zinsdifferenzen zwischen den verschiedenen Märkten und Ländern nur noch in Ausnahmefällen lohnen, sich also beruhigen. Gleichzeitig würde die internationale Staatengemeinschaft eine wertvolle Quelle gewinnen zur dringenden Finanzierung entwicklungspolitischer Massnahmen.

Ein Kernproblem der falsch gesteuerten Globalisierung ist die masslose Ungerechtigkeit bei der Verteilung der Steuerlast. Auf den globalen Finanzmärkten herrschen steuer- und aufsichtsrechtlicher Anarchismus. Die Tobinsteuer könnte hier als Gegensteuer wirken: die Trockenlegung

von Steueroasen und ein globales Rahmengesetz für eine Mindestbesteuerung.

### Steuerhinterziehen erwünscht

Das System so genannter Offshore-Finanzzentren oder Steueroasen dient Vermögenden und Unternehmen zur Steuerflucht. Eine IWF-Fachgruppe zählte im Jahre 2001 nicht weniger als 64 solcher Plätze, wo pro forma Kapital so gebucht werden kann, dass die Behörden in den Heimatstaaten der Eigentümer niemals von den Erträgen erfahren. Genannt werden nebst der Schweiz und Liechtenstein unter anderen auch die Bahamas, Singapur, Hongkong und die britischen Kanalinseln.

Seit dem 11. September 2001 änderte die US-Regierung ihre schützende Haltung gegenüber diesen Offshore-Zentren. Deutschland zog mit und prangerte «Terrorismus, Geldwäscherei und Steuerhinterziehung als nicht hinnehmbar» an. Diese veränderte Haltung politisch bedeutsamer Länder erhöht die Möglichkeit, dass dieser Ansatz durch gleichzeitigen Druck von unten mit der Zeit mehrheitsfähig und umsetzbar wird.

### WTO-Regime: Das Faustrecht herrscht

Der aus der Nachkriegszeit stammende Welthandelsvertrag GATT garantierte den Entwicklungsländern das Privileg, ihre heimischen Produzenten durch Zölle gegen die Konkurrenz aus den überlegenen Industriestaaten zu schützen. 1995 wurde der GATT-Vertrag abgelöst durch neue Welthandelsabkommen, was als ein Urknall der weltweiten Liberalisierung gelten kann, denn gleichzeitig mit der Liberalisierung der Finanzmärkte drängten deren Lobbyisten in Europa und Nordamerika auch auf die Ausdehnung der transnationalen Konzerne in die Staaten des Südens. Die OECD-Staaten verwandelten neben dem

IWF und der Weltbank auch die Welthandelsorganisation WTO zu zentralen Machtinstrumenten, um diese Politik durchzusetzen.

Seither unterliegt die Aushandlung von Handelsverträgen kaum mehr öffentlicher Kontrolle. Die eingangs zitierte Definition von Globalisierung des Welthandels und der Finanzmärkte wird knallhart umgesetzt. Das Recht des Stärkeren wird zementiert, die absichtlich ungleiche Verteilung der Vor- und Nachteile des Freihandelsregimes führt zu skandalösen Zuständen von weltweiter Ausbeutung und Unterdrückung.

### Guter Service public wird durch ineffiziente Privatwirtschaft ersetzt

Trotz des offenkundigen Versagens der bisherigen Mechanismen drängen Europas und Nordamerikas Handelspolitiker nun darauf, die Liberalisierung nach WTO-Muster auf die vielerorts bislang noch staatlich organisierten Versorgungsdienstleistungen auszuweiten. So laufen seit 2000 im Rahmen des Welthandelsabkommens für Dienstleistungen (GATS) Verhandlungen zur weltweiten Erschliessung der Wasserversorgung, der Gesundheitssysteme, der akademischen Ausbildung und zahlreicher weiterer Dienstleistungsbereiche für international tätige Unternehmen.

Erklärtes Ziel der US-Politik und der WTO ist, weltweit die staatlichen Versorgungsmonopole zu brechen und das Modell des weitgehend privaten und nachweislich ineffizienten amerikanischen Gesundheits- und Bildungssystems über den ganzen Globus auszudehnen.

### Die Mechanik der Ungleichheit

Es wird immer offensichtlicher, dass der marktradikale Umbau der Weltwirtschaft auch in den Wohlstandsländern zu einer Mechanik der Ungleichheit führt, die zusehends die Gesellschaften

auseinander reisst. In den USA z. B. verdienen vor 50 Jahren die Topmanager von Industrieunternehmen etwa 40-mal so viel wie einer ihrer Arbeiter, heute beträgt der Faktor 531. Während der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen sinkt, nimmt der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen zu. So verkehrt sich der globalisierte Fortschritt für die Mehrheit der Bevölkerung auch des reichen Nordens ins Gegenteil. Nach derzeitigem Muster bringt die Globalisierung nicht mehr als eine Umverteilung von unten nach oben. So zahlten Lohnempfänger EU-weit im Jahre 1995 durchschnittlich 13 Prozent mehr Steuern als 10 Jahre zuvor, Kapitalgesellschaften dagegen knapp 40 Prozent weniger.

Zentrale Aufgabe demokratischer Politiker wäre es deshalb, die Steuer- und Wirtschaftspolitik so zu gestalten, dass sie der wachsenden Ungleichheit und Unsicherheit entgegenwirkt. Schon einmal scheiterte die globale wirtschaftliche Integration an der Unfähigkeit der Politik, sich aus ihren nationalen Fesseln zu befreien und zu fairen internationalen Lösungen zu kommen. Die Folge des Zusammenbruchs des damaligen Handels- und Währungssystems war der zweite Weltkrieg, der vierzig Millionen Menschenleben und gigantische Milliardenwerte vernichtete.

Immer mehr Menschen verlieren den neoliberalen Glauben an den Markt. Das zeigt die wachsende Zahl prominenter dissidenter Ökonomen wie auch jener Bürger, die je länger desto aktiver werden im Widerstand gegen die Folgen der kurzfristigen Gestaltung der Globalisierung. 1999 mussten in Seattle auf Grund der Demonstrationen die WTO-Verhandlungen ohne Ergebnis abgebrochen werden. Darin zeigte sich der erste grosse Erfolg einer entstehenden globalen Protestbewegung, die auch im September 2003 im mexikanischen Cancun Massen mobilisierte.

### Eine neue soziale Bewegung – Attac

1998 entstand in Frankreich eine neue soziale Bewegung: Attac = Association pour la Taxe Tobin pour l'aide aux Citoyens = Aktion für eine Tobin-Steuer zum Nutzen der Bürger. Attac versteht sich auch als eine grosse ökonomische Alphabetisierungskampagne, welche den Bürgern die ökonomischen und politischen Zusammenhänge aufzeigt und Politiker dazu bringt, aufzuwachen und auf die Einführung der Tobin-Steuer hinzuwirken. Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit: Erreicht Attac dieses Ziel europaweit, ja weltweit oder treibt die Frustration der Bürger über die Resultate der Globalisierung sie in die Arme nationalistischer Politiker?

Der Kern der Attac-Kampagne sind folgende Grundforderungen:

- Schliessung der Steueroasen;
- keine Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme;
- Einführung der Tobin-Steuer;
- demokratische Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen;
- Schuldenstreichung für die Entwicklungsländer;
- umfassende Reform des ungerechten Welthandelssystems.

Das Attac-Netzwerk verbreitet sich rasant in Europa und darüber hinaus. 1999 wurde Attac-Schweiz gegründet. Ende 2001 gab es schon in 41 Ländern der Welt Attac-Gruppen. Die erste internationale Attac-Aktion, «Das andere Davos», fand im Januar 1999 statt. Die Attac-Komitees haben die Aufgabe, lokale und nationale Themen sinnvoll und folgenreich zu verbinden und den Zusammenhang herzustellen zwischen Massentlassungen, Sozialabbau und neoliberaler Weltordnung. In der Schweiz regt sich der Widerstand gegen den Ausverkauf des Service Public, z.B. die Schliessung von Postämtern. Im vergangenen Jahr formierten sich in mehreren Regionen des Landes Proteste von BürgerInnen und

Gewerkschaftsmitgliedern, die ihre Ablehnung des «Plan Gygi» durch Aktionen vor zahlreichen Poststellen ausdrückten. Solche Mobilisierungen sind notwendig, um ein entsprechendes Kräfteverhältnis zu entwickeln, sonst ist der geplante Ausverkauf des Service Public nicht zu verhindern. Wir müssen auf diese Widerstandsbewegungen aufmerksam machen und zeigen, dass sich Widerstand lohnt, ja, dass es keine Alternative zu ihm gibt, wenn es noch eine menschenwürdige Zukunft für uns, für die nachkommen Generationen, für die Erde und für alle unsere Mitbewesen geben soll. ■

### Literaturhinweise

- Mies, Maria: «Globalisierung von unten; Der Kampf gegen die Herrschaft der Konzerne», Europäische Verlagsanstalt, Hamburg, 2002.

- Grefe/Greffrath/Schumann: «attac – Was wollen die Globalisierungskritiker?»; Rowohlt Ver-







Kaffee ist ein lukratives Geschäft. Ein grosser Teil des Handels läuft über die Schweiz – auch über Zug.

# Was hat Kaffee mit Öl zu tun?

**Kaffee ist ein bedeutendes Rohstoffprodukt. Vor dem Preiszerfall im Jahre 2000 war der Kaffee hinter dem Erdöl der zweitwichtigste Rohstoff auf dem Weltmarkt. Es gibt fünf Kaffee-Giganten. Kraft Foods, Procter&Gamble, Nestlé, Sarah Lee und Tchibo wickeln fast die Hälfte des weltweiten Kaffeemarktes ab. Einige dieser Weltkonzerne haben ihre Einkaufszentralen in Zug und anderen Städten der Schweiz.**

**Natalie Chiodi, Oberwil  
Bilder BULLETIN**

Nach dem Rohstoff Erdöl kommt der Handel mit Kaffee weltweit wertmässig an zweiter Stelle. Das allein wäre kein Grund für einen Artikel, wenn die kaffeeproduzierenden Länder nicht seit Jahren in einer massiven Krise steckten. Denn Kaffee ist so billig wie nie in den letzten hundert Jahren.

In Zug sind zwei Arten von Kaffeeunternehmen ansässig, nämlich Rohkaffeehandelsfirmen sowie Rohkaffeeeinkaufszentralen grosser Konzerne, wie zum Beispiel Kraft Foods und Sarah Lee. Zusammen haben sie ein Einkaufsvolumen von gegen 50 Prozent des Weltkonsums, welcher ausserhalb der Kaffee-er-

zeugerländer getrunken wird. Durch die Tatsache, dass weitere grosse Kaffee-Handelsfirmen in der Schweiz ansässig sind, werden gegen 70 Prozent des Weltkonsums entweder für die Konzerne von der Schweiz aus eingekauft oder gehandelt oder über Büros/Niederlassungen in der Schweiz abgewickelt.

Die Produzentenländer exportierten in den frühen 90-er Jahren jährlich noch für 10 bis 12 Milliarden US-Dollar Kaffee, der dann für 30 Milliarden US-Dollar bei den Endkunden abgesetzt wurde. Heute betragen die Produzenten-Einkünfte gemäss der ICO (siehe Kasten) noch 5,5 Milliarden US-Dollar, gegenüber Endverkäufen von 70 Milliarden US-Dollar.

Der Anteil, den Kaffeebauern für ihre unverarbeiteten grünen Bohnen erhalten, ist gemessen am Endpreis dramatisch gefallen: von 64 Prozent des US-Deetailhandelspreises im Jahre 1984 auf 18 Prozent im Jahre 2001. Oder anders gefragt: Wieso ist eine Tasse Kaffee in den Restaurants immer teurer geworden, während die produzierenden Bauern für ihre Bohnen immer weniger erhalten?

Der Weltmarktpreis für Kaffee war immer wieder grösseren Schwankungen unterworfen, die in der Regel durch Naturereignisse wie Dürre oder Frost ausgelöst wurden. Die aktuelle und dramatische Tiefpreiszeit jedoch ist auf das Ungleichgewicht zwischen Angebot und

Nachfrage zurückzuführen, welches vor allem durch Produktionserhöhungen in Vietnam und Brasilien ausgelöst wurde. Wobei gesagt werden muss, dass gerade am Beispiel Vietnam die Weltbank Kredite gewährt hat, welche dann ohne Auflagen eingesetzt wurden und eine massive Überproduktion auslösten.

## **Auswirkungen auf Produzenten**

Man schätzt, dass weltweit 25 Millionen Familien vom Kaffeeanbau leben. In den meisten Fällen ist es nicht möglich, auf einen anderen Erwerbszweig zu wechseln. Die Konsequenzen für die Produzenten variieren, wie folgende Beispiele zeigen:

Wo Produktionskosten gering und die technologische Entwicklung gut sind, die Wechselkurse einen Export begünstigen und Kaffee nicht die einzige Geldquelle ist, haben die Kaffeebauernmehrerheitlich weiterhin ein Auskommen, wenn auch ein geringeres. Dies ist in grossen Teilen Brasiliens der Fall.

In jenen Ländern, in denen der Kaffee hingegen die einzige Einnahmequelle darstellt, ist bedeutend weniger Geld für die täglichen Bedürfnisse vorhanden. Das kann man in vielen afrikanischen und asiatischen Ländern beobachten. Am schlimmsten trifft es jedoch jene Bauern, die sich durch ihre Farm verschuldet haben. Um die Schulden zu til-



gen oder ein anderes Auskommen zu finden, müssen sie den Betrieb verkaufen. Allgemein lässt sich sagen, dass die desolate Situation die Leute veranlasst, in die Städte oder industrialisierten Länder zu emigrieren und Kriminalität, Prostitution oder gar Terrorismus gefördert werden. Immer wieder wird berichtet, dass Kaffeebauern aus Mexiko beim Versuch, in die USA zu fliehen, umgekommen sind. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass die USA, obschon weltgrösster Kaffeekonsument, nicht Mitglied des ICO ist.

Die ICO bemüht sich, die Preise zu stützen, indem sie folgende Ziele verfolgt: Durch eine Erhöhung der Qualität wird eine Reduktion des Angebots angestrebt, und auf der anderen Seite soll die Nachfrage mit verstärkter Werbung angekurbelt werden. Gleichzeitig wird auch eine nachhaltige Entwicklungspolitik angestrebt. Doch wer finanziert das?

### Ausgleichender Kaffeefonds

Auf der Suche nach der Finanzierung besticht die Idee von Walter Zwald, dem Ehrenpräsidenten der Schweizerischen Kaffeehändler-Vereinigung. Er schlägt vor, dass weltweit alle Kaffeeröster pro 50 kg verarbeiteten Kaffee 1\$ zusätzlich zahlen. Das bedeutet, dass jeder Kaffeeröster oder Industrielle im Verhältnis zu seinem Handelsvolumen beteiligt ist. Auf diese Art und Weise kämen jedes Jahr um die 84 Millionen US-Dollar zusammen. Dieser Betrag würde in einen Fonds eingezahlt, der zu 50 Prozent in die produzierenden Länder fliessen und zur anderen Hälfte in den konsumierenden Ländern ausgeschüttet würde.

Zwald schlägt gleich selber vor, was sich in den produzierenden Ländern mit dem Geld alles anpacken liesse: Verbesserung der Lebensbedingungen der Kaffeebauern, Unterstützung und Weiterbildung in nachhaltiger Landwirtschaft, Schimmelprävention, Bekämpfung der

Kinderarbeit, Lobbyarbeit für Produktionsstrategien. Dagegen gälte es auf der konsumierenden Seite vor allem neue Absatzmärkte zu erschliessen. Durch diese Zusatzverkäufe würde den bezahlenden Firmen ihre Investitionen um ein Mehrfaches zurückgegeben.

### Zug profitiert ... einmal mehr

Stadt und Kanton Zug profitieren von den Steuereinnahmen der in Zug ansässigen Rohkaffee-Einkaufszentralen. Je besser es denen geht, desto mehr profitieren die Staatsfinanzen. Hier besteht eine Parallele zum anderen «schwarzen Gold». Während die Erdölkatastrophe (Untergang der «Prestige» und das auslaufende Öl vor der galizischen Küste) den Kanton Zug zu Beginn dieses Jahres durchgeschüttelt hat, ist die latente Kaffeekrise an uns bisher vorbeigegangen.

Während die betroffene Ölhandelsfirma damals alle Schuld für den Untergang der «Prestige» weit von sich wies, forderten die Alternativen von der Regierung ein Zeichen der Solidarität mit der galizischen Bevölkerung. Da auch die Kaffeehandelsfirmen nicht von sich aus aktiv werden und sowieso alle Verantwortung von sich weisen würden, müsste der Anstoss zur Verhinderung einer noch grösseren Kaffeekrise – mittels des oben vorgeschlagenen Kaffeefonds zum Beispiel – von offizieller Seite kommen. Dies als Zeichen, dass es dem Kanton Zug nicht egal ist, wie die hier niedergelassenen Firmen Gewinne machen.

Das würde dem Image von Zug bestimmt gut tun. Und vor allem könnte der Kanton Zug einmal schneller sein und auf Bundesebene die Führung in der Lancierung dieses Fonds übernehmen. Denn auch der Bund und weitere Kantone (Nestlé in Vevey) profitieren von den Steuereinnahmen hier ansässiger Kaffeeunternehmen. Deshalb der Vorschlag, dass die Schweiz (es könnte das Seco oder Aussenministerium sein) im

### International Coffee Organization

Die International Coffee Organization ICO ist eine Vereinigung von ca. 65 kaffeeproduzierenden und -konsumierenden Ländern. Sie wurde 1962 wegen der grossen ökonomischen Wichtigkeit des Kaffees von der UNO ins Leben gerufen. Unter ihrer Mitwirkung sollen die Lebensbedingungen in den produzierenden Ländern gefördert und ein Austausch zwischen den Regierungen der verschiedenen Mitgliederländer in die Wege geleitet werden.

97Prozent aller produzierenden und 68Prozent aller konsumierenden Länder sind Mitglieder der ICO.

Die Internationale Kaffeeorganisation muss diplomatisch und zurückhaltend vorgehen, da die Konsumländer – respektive die grossen Konzerne – ihr Vorgehen aufmerksam überwachen.

Die ICO wies in den letzten Jahren in zahlreichen Aufrufen an die Weltöffentlichkeit (Malaboo, Quebec Deklaration, UNO, G-8-Gipfel in Evian, Weltbank) auf die Kaffeekrise hin, trotzdem hat sie bisher wenig erreicht.

eigenen Interesse schnell und entschlossen handelt bezüglich der Kaffeekrise.

Wäre es für die Schweiz und den Kanton Zug nicht fatal, nach all den Skandalen mit weltweitem Negativ-Echo auch noch wegen 25 Millionen Kaffeeepflückern in die Mangel genommen zu werden? ■



Kaffee ist billig wie noch nie in den letzten 100 Jahren.

# Es droht die Eskalation der Gewalt

**Viele Menschen im Irak leiden unter der schlechten humanitären Lage. Am 26. August lieferte das Schweizerische Arbeiterhilfswerk dringend benötigte Hilfsgüter ins Spital der Stadt Al Qaim. Dort können jetzt die Ärzte ihren Patienten wieder helfen. Dennoch machen sich wenige Hoffnung auf einen stabilen und sicheren Irak.**

**Text und Bild Stefan Gisler, SGA-Präsident und Mitarbeiter des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks SAH**

Die Häuser sind beschädigt, die Strassen voller Schlaglöcher. Unrat und Plastiksäcke liegen überall. Alles ist von einer Schicht Wüstensand bedeckt. Al Qaim ist arm. 200 000 Menschen leben in und um die Stadt. Sie Stadt liegt im fruchtbaren Flusstal des Euphrat, direkt an der syrisch-irakischen Grenze gelegen.

## Die Irakis sind tief verunsichert

Tröstlos wie die Stadt ist auch die Befindlichkeit seiner BewohnerInnen. Erleichterung, dass Saddam Hussein weg ist. Doch die US-Amerikaner sind unerwünscht – längst diskreditiert durch zu viele Fehler seit Beginn der Besetzung sowie durch ihre generelle Nahost-Politik (Israel/Palästina!). Die Menschen sind zutiefst verunsichert. Sie leiden seit Jahren unter der schlechten Wasser-, Strom- und Gesundheitsversorgung. Die Schulen sind in einem miserablen Zustand.

Der Krieg hat die Situation verschärft. Immerhin: Ärzteschaft und Pflegepersonal des Spitals in Al Qaim haben nie aufgehört zu arbeiten. Das Spital hat 100 Betten, zurzeit sind rund 250 Patienten hospitalisiert. Täglich werden 500 bis 1000 Menschen zu ambulanten Behandlungen empfangen. 25 Ärztinnen und Ärzte sowie weitere 75 Krankenschwe-

## Das SAH im Irak

Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk SAH leistet seit Kriegsbeginn humanitäre Hilfe im Irak. Im kurdischen Nordirak werden in Sulaymaniyah 100 Familien in einem Flüchtlingscamp sowie Vertriebene in abgelegenen Regionen mittels mobilen Teams unterstützt. Geplant ist zudem ein Projekt zur Friedensförderung in der Provinz Kirkuk. In Al Qaim, einer Provinzstadt an der syrisch-irakischen Grenze, versorgte das SAH ein Spital mit medizinischen Gütern.

Stefan Gisler begleitete als SAH-Delegierter die Lieferung. Der Artikel beschreibt die spezifische Situation in Al Qaim. Der Irak ist vielfältig, und so herrschen in Bagdad oder im de facto-unabhängigen kurdischen Nordirak ganz andere Verhältnisse.

stern und Pfleger sind dieser Aufgabe kaum gewachsen. Auffallend viele Kinder sind in Behandlung. Sie leiden am meisten unter den schwierigen Bedingungen. Mangelernährung oder Durchfallerkrankungen sind die häufigsten Diagnosen. Das SAH lieferte nun mehrere Tonnen Medikamente und medizinische Geräte wie Operationstische, Blutdruckmessgeräte, Stetoskope oder auch ein Ultraschallgerät im Gesamtwert von 250 000 Franken. So wurde ein wichtiger Beitrag geleistet, dass im Spital wieder vernünftig gearbeitet werden kann.

## Niedergang durch Regime, Krieg und UN-Embargo

Anfang der 80-er Jahre wies der Irak noch einen hohen Lebensstandard auf. Schul- und Gesundheitssystem waren sehr gut. Die Diktatur Saddams Husseins, der Irak-Iran-Krieg sowie das 1991 nach dem Golfkrieg auferlegte UN-Embargo haben in grossen Teilen des Irak zu einer desolaten wirtschaftlichen, hu-

manitären und sozialen Lage geführt. Die Menschen verarmten, die Infrastrukturen waren am Boden. Die USA trugen zu diesem Niedergang bei. Sie unterstützten Saddam Hussein im Krieg gegen den Iran, zerstörten dann im 1. Golfkrieg in beträchtlichem Ausmass auch zivile Einrichtungen und standen auch rigoros für das UN-Embargo ein.

## «From bad to worse»

Die jetzige Invasion hat im Irak weniger direkte Opfer als befürchtet gefordert. Auf Al Qaim fielen ganze drei Bomben, eine hat die Telefonzentrale zerstört. Doch die indirekten Folgen sind gravierend. Sie hat im Zentral- und Südirak die zivile Verwaltung zusammenbrechen lassen. Anders als früher kommen aus Bagdad nun weder Befehle noch Nachschub mit Gütern.

Der neu bestimmte Stadtrat in Al Qaim hat keine Autorität, es gibt zu wenig Polizei, der Zoll arbeitet erst seit Ende August wieder. Geplündert wurden in Al Qaim der Zoll, die Polizei, Post, Militäranlagen sowie einzelne Häuser von Mitgliedern der Baath-Partei. Die Stromunterbrüche sind häufiger geworden, da Plünderer immer wieder Hochspannungsleitungen niederreißen, um das darin enthaltene Kupfer zu verkaufen. Die Phosphat- und die Zementfabrik sind seit April geschlossen. Dort mangelt es an Strom sowie an administrativer Führung – Tausende wurden arbeitslos. Die meisten Menschen leben von Landwirtschaft oder Schmuggel. Letzterer hat sich seit dem UN-Embargo stark entwickelt; es profitiert eine kriminelle Minderheit.

Irakis antworteten mir, auf die allgemeine Lage angesprochen meist mit: «It went from bad to worse.»

## Allein gelassen

Nur wenig Hilfe erreicht die Stadt. In Al Qaim ist das SAH – zusammen mit dem deutschen Arbeitersamariterbund – als

einziges Hilfswerk überhaupt tätig. Die vor Ort stationierten US-Truppen sind zwar guten Willens, humanitäre und politische Wiederaufbauarbeit zu leisten. Doch sie haben kein Konzept für die Nachkriegszeit, kaum Geld, wenig Expertise und als Besatzer keine Glaubwürdigkeit, um die grössten Probleme der Stadt langfristig zu beheben. Dies ist wohl symptomatisch für die generelle US-Militärpolitik im Irak. Fokussiert auf eigene strategische, wirtschaftliche und auch innenpolitische Kriegsgründe hatte die Bush-Administration keine Vorstellung davon, was sie mit einer Besetzung alles auslöst und welche Aufgaben anstehen.

### Sicherheitsprobleme

Sicherheit ist ein grosses Problem. Die US-Truppen haben 20 Kilometer ausserhalb der Stadt ein Camp in der Wüste bezogen. Tagsüber errichten sie einen Checkpoint in Al Qaim. Nachts herrscht eine Ausgangssperre. Die neue Polizei ist schwach. So entstand ein rechtsfreier Raum. Die «normale» Kriminalität hat

### Gewalt gegen Frauen

Im Bericht von Human Rights Watch, «Climate of Fear: Sexual Violence and Abduction of Women and Girls in Baghdad», wird aufgezeigt, dass das Versagen der irakischen Behörden und US-Besatzungstruppen für öffentliche Sicherheit zu sorgen, zur weitverbreiteten Angst vor Entführung und Vergewaltigung führt. Kommt es zu Übergriffen, werden die Täter kaum zu Rechenschaft gezogen. Diese Unsicherheit und Angst lässt viele Frauen und Kinder zu Hause bleiben und verunmöglicht ihnen Arbeit, Schulbildung und die Teilnahme am öffentlichen Leben. Dies hat kurz- und langfristige Auswirkungen auf die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben. [www.hrw.org](http://www.hrw.org)



**Dr. Hamdi, Spitaldirektor und Kinderarzt, auf Visite im Spital Al Qaim, in welchem er seit 18 Jahren arbeitet: «Mangelernährung und Durchfallerkrankungen sind in Al Qaim sehr verbreitet – vor allem bei Kindern.»**

sich erhöht und ist gewalttätiger. In Al Qaim sind wie überall im Irak viele Waffen im Umlauf. So kommt es alle zwei, drei Tage zu Zwischenfällen: Oft Unfälle oder Schiessereien im Zusammenhang mit dem florierenden Waffenschmuggel, oder es sind Familienstreitigkeiten und kriminelle Überfälle.

### Attacken auf «Kollaborateure»

In Al Qaim wird Irakis, die mit den US-Amerikanern zusammenarbeiten – Bauunternehmer, Beamte, Dolmetscher – mit grossem Misstrauen begegnet. Die Terroranschläge im gesamten Irak – jordanische Botschaft, UN-Hauptquartier, in Najaf auf den gemässigten Schiitenführer Bakr al-Hakim, jetzt eine Regierungsrätin – deuten darauf hin, dass vor allem «Kollaborateure» getroffen werden sollen. Diese Anschläge machen den Menschen Angst. Denn alle Angegriffenen haben in irgendeiner Form mit den US-Amerikanern zu tun gehabt. Eine mögliche Absicht der Anschläge ist es, den USA aufzuzeigen, dass sie nicht in der Lage sind, Sicherheit zu gewährleisten – weder für sich, noch für humanitäre Organisationen, noch für die irakische Bevölkerung. Von der eskalierenden Gewalt profitieren Fundamentalisten und Mitglieder des alten Regimes.

So halten sich die Leute in Al Qaim bedeckt, zeigen wenig Eigeninitiative. Vie-

le wünschen sich ein stärkeres Engagement der UNO. Hoffnung auf eine sichere Zukunft machen sich wenige. Konkrete Pläne für eine Neuordnung des Landes sind – falls vorhanden – sehr unterschiedlich.

### Humanitäre Hilfe erschwert

Informationen zur Sicherheitslage sind unzuverlässig. Zu allen Vorfällen kursieren verschiedenste Gerüchte, wer dahinter steckt ist kaum auszumachen. Als Mitarbeiter eines Hilfswerks, aber auch für Irakis ist es sehr schwierig, potenzielle Risiken richtig einzuschätzen.

So ist es schwieriger geworden, humanitäre Hilfe im Irak zu leisten, als vor dem Krieg. Damals konnten sich internationale Helfer im Irak freier bewegen. Auf einer zeitlich begrenzten Mission – wie meine in Al Qaim – ist das Sicherheitsrisiko geringer. Eine ständige Präsenz ist gefährlicher, Attentate werden planbar. Die UNO hat ihr Engagement stark eingeschränkt, und selbst das IKRK zog die Hälfte seiner Mitarbeiter ab. Es ist ein Dilemma: Je stärker sich die Interventionstruppen selbst schützen, desto eher werden zivile oder humanitäre Organisationen als «weiche Ziele» bewusst attackiert. Zivile nun militärisch verstärkt zu schützen, würde sie aber zu sehr als Einheit mit den Besatzern erscheinen lassen, was die humanitäre Arbeit noch mehr korrumpiert. ■

# Das dreiteilige Hirn

**Liefert die Evolutionsgeschichte des Gehirns eine naturwissenschaftliche Erklärung für das menschliche Verhalten? Wenn ja, welche Schlüsse lassen sich daraus ziehen?**

**Michel Mortier, Zug**

Der Versuch, die menschlichen Verhaltensweisen zu systematisieren, ist wahrscheinlich so alt wie die Menschheit selbst. So lehrt seit über 4000 Jahren das chinesische Konzept von Ying, Yang und Chi, die indische Heilkunde Ayurveda und die aus Mesopotamien stammende medizinische Astrologie, dass drei Urkräfte auf den Menschen einwirken und sein Wesen sowie seine Gesundheit bestimmen.

Um 400 v. Chr. entstand auch in Europa eine Typenlehre, die auf den sogenannten vier Temperamenten basierte. Auch diese Lehre führte zu Heilverfahren, die bis ins späte Mittelalter angewandt wurden. Als Ende des 19. Jahrhundert Sigmund Freud, der Begründer der modernen Psychologie, das Konzept von Im, Ego und Superego entwickelte, erhielt das uralte Wissen eine neue Bedeutung, die von seinem ebenso genialen Schüler, den Schweizer Psychologen Carl Gustav Jung, mit den drei Bedürfnissen des Menschen nach Macht, nach Zugehörigkeit und nach Leistung ergänzt wurde. In den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entdeckte ein anderer Schweizer Psychologe, Max Lüscher, dass bestimmte Farben wiederholt die gleichen Emotionen hervorrufen. Er entwickelte den nach ihm benannten Farbttest, der seine Gültigkeit inzwischen weltweit bewiesen und zur Disziplin der Farbpsychologie geführt hat.

## Das dreiteilige Hirn

1990 veröffentlichte Paul D. MacLean, damals Leiter des US-Labors für Gehirn-

forschung am National Institute for Mental Health, die Ergebnisse seiner vergleichenden Gehirnforschung. Mit diesem Bericht, das Resultat einer vierzigjährigen Forschung, zeigte MacLean, dass unser Gehirn aus drei übereinander gestülpten, unabhängigen, aber verknüpften Regionen besteht, die im Laufe von dreihundert Millionen Jahren nacheinander entstanden (siehe Diagramm). Ihre Eigenschaften sind im Folgenden zusammengefasst und zeigen eine erstaunliche Übereinstimmung mit den dreiteiligen psychologischen Systemen.

## Bauch – Das Paleopallium

Der älteste Teil unseres Gehirns, von MacLean auch R-System genannt, entstand vor etwa 300 Millionen Jahren. Er entwickelte sich erstmals bei den Reptilien und Amphibien und ist vor allem für unsere Instinkte («Bauchgefühl»), den Überlebenswillen und die physischen Abläufe zuständig. Da er die Quelle unserer Lebensenergie ist, entspricht ihm farbpsychologisch die Farbe Rot. Bereits im Altertum erkannte die östliche Medizin das bioenergetische Prinzip dieser Struktur. Das Ayurveda nennt es Pitta und misst seinen Gesundheitszustand mittels des sogenannten Darmpulses. Für seine Behandlung setzt sie Ernährungstherapien, Kräutermedikamente und Diätrichtlinien ein. Auch die westliche Forschung hat den Zusammenhang zwischen Darm und Gehirn entdeckt, wie die Biologin Hania Luczak in einem GEO-Artikel detailliert beschreibt.

## Herz – Das Limbische System

Hundert Millionen Jahre später entwickelte sich die Region, die vorwiegend für unsere Gefühle zuständig ist. Sie führte zu den frühen Säugetieren, da sie erstmals die mütterliche Fürsorge ermöglichte, ohne die schwachen Jungen



und der vergleichsweise kleine Wurf nicht überlebt hätten. Mit den Gefühlen, farbpsychologisch mit Blau gekennzeichnet, entstand auch das Erinnerungsvermögen und das Lernverhalten sowie die Schutzfunktionen des Im-



schen Krankheiten führen. Um diesem Bereich Linderung und Heilung zu verschaffen, wendet die östliche Medizin Massage, Chi Gong und Akupunktur an. Die Ayurveda nennt das entsprechende Prinzip Kafa und misst dessen Gesundheitszustand durch den sogenannten Herzpuls. Die westliche psychosomatische Medizin hat in jüngster Zeit festgestellt, dass zwischen dem limbischen System und dem Herzen effektiv eine enge Zusammenarbeit besteht, denn der Pulsschlag des Herzens verändert sich als Reaktion auf die Signale des limbischen Systems. Diese Wechselwirkung hat u.a. einen entscheidenden Einfluss auf das Immunsystem und damit auf die Gesundheit.

#### **Kopf – Das Grosshirn**

Vor einhundert Millionen Jahren entwickelte sich bei den späten Säugetieren das Grosshirn (Neocortex), dessen zunehmende Kapazität vor etwa einhunderttausend Jahren zum heutigen Menschen führte. Diese Entwicklung führte zur dritten Fähigkeit unseres Gehirns, dem Denken, das farbpsychologisch mit Grün gekennzeichnet wird. Die Bedeutung dieser Region zeigt sich bereits dadurch, dass sie mit achtzig Prozent der Gehirnmasse das fünffache Volumen der beiden anderen besitzt. Die indische Heilkunst Ayurveda rechnet die Steuerung des Stoffwechsels zu dieser Struktur. Das entsprechende Prinzip nennt sie Vata. Wird ihre Energie frustriert oder durch physische, emotionale oder verbale Gewaltanwendung unterdrückt, dann neigt sie dazu, Depressionen zu entwickeln, die unter anderem zu Stoffwechselerkrankungen führen können. Um sie in einen harmonischen Zustand zurück zu versetzen, empfehlen die östlichen Heilmethoden die Meditation und Kontemplation, während die westliche Medizin zu Biofeedback und zuaugenem Training rät.

munsystems, die organischen Reparaturvorgänge und die Hormonsysteme. Daher kann eine Blockierung oder Unterdrückung der Energie dieser Region durch physische, emotionale oder verbale Gewaltanwendung zu psychosomati-

#### **Individuelle Genetik oder Gruppenverhalten?**

Die genetische Forschung bestätigte die Einmaligkeit des Individuums und liess damit vorerst die Lehren der psychologischen Gruppierungen trotz ihrer Heilungserfolge wie einen exotischen Scherz erscheinen. MacLeans Entdeckung dürfte diese Meinung nachhaltig ändern. Er und seine Mitarbeiter stellten nämlich nicht nur die dreifache Struktur des Gehirns fest, sondern auch, dass jede der drei Gehirnregionen eine eigene, DNA-bestimmte chemische wie physiologische Struktur besitzt. Wir können also davon ausgehen, dass die genetische Individualität auch zu einer unterschiedlichen Stärke und Ausprägung der drei Gehirnregionen führt und damit zu einem entsprechenden kommunikativen Verhalten. Während die Kombination aller Faktoren eine individuelle Persönlichkeit ergibt, führt gleichzeitig die jeweils dominante Region zu einer typischen Verhaltensweise, also zu einem Verhaltenstyp. Solange wir die Persönlichkeit eines Menschen nicht mit seinem Verhalten verwechseln, bestünde daher kein Widerspruch zwischen Genetik und Typenlehre.

#### **Verhalten und Fehlverhalten**

Die Mehrzahl unserer Probleme entsteht durch eine Fehlinterpretation des eigenen Verhaltens oder das anderer Menschen. Nicht nur im persönlichen Bereich führt diese Fehlinterpretation zu Fehlentscheidungen, sondern auch zu Kriegen, ökologischen Zerstörungen, Wirtschaftskrisen und Kriminalität. Andere Lebewesen zeigen selten ein derartiges Verhalten. Seine Ursache dürfte daher in einem Fehlverhalten unseres jüngsten Gehirns liegen. Dennoch hat die moderne Psychologie trotz eines Jahrhunderts signifikanter Forschungen bisher nicht vermocht, der Allgemeinheit ein

## Evolution



einfaches, klares und leicht zu lernendes System in die Hand zu geben, mit dem jeder sich selbst, seine Mitmenschen und seine Zeit besser verstehen und dadurch Fehlverhalten vermeiden könnte.

Das Wissen um die drei Verhaltensweisen könnte das Versäumte nachholen. Im Folgenden werden einige Möglichkeiten sozialpolitischer Anwendungen skizziert.

### Familie und Schule

Die frühkindliche Umwelt übt einen starken Einfluss aus auf die einzelnen Gehirnregionen, ihr harmonisches Verhältnis zueinander und damit auf das Verhalten der Persönlichkeit. Eltern und Lehrkräften würde das Wissen um die drei Verhaltensweisen ermöglichen, Kinder und Jugendliche in einer psychischen Umgebung heranwachsen zu lassen, die auf die kindliche «Verhaltensfarbe» Rücksicht nimmt und ihr Potential frei entfalten liesse.

Ebenso hätten wir ein besseres Verständnis des Schadens, der bei Kindern in zerrütteten Familien oder in Kriegsgebieten entsteht, wenn die Harmonie der drei Strukturen während der ersten Jahre durch die Einwirkung von physischer oder geistiger Gewalt, Krankheit oder Verlust stark gestört oder sogar zerstört wird. Vielleicht würde dann der Druck der Allgemeinheit auf die internationalen Gremien die Mittel für kriegerische Auseinandersetzungen versiegeln lassen.

### Wirtschaft

Besonders in den Führungsfunktionen und im Marketing sind Menschenkenntnisse und damit die soziale Kompetenz von entscheidender Bedeutung. Die Möglichkeit, das eigene Verhalten sowie das der Mitmenschen sicher zu erkennen und damit richtige Entscheidungen zu treffen, könnten den längerfristigen

Erfolg sichern und Wirtschaftskrisen auf ein Minimum reduzieren.

### Politik

Da sich die Gesellschaft aus Vertretern aller drei Verhaltensgruppen zusammensetzt, hängt ihr Gesundheitszustand von deren Harmonie ab. Die Demokratie ist das politische Gebilde, das am ehesten imstande ist, diese gewünschte Ausgeglichenheit herbeizuführen. In ihr kann die «grüne», denkende Volksgruppe mit der «blauen», mitfühlenden zusammenarbeiten, um ihre vorwiegend «roten» Repräsentanten anzuhalten, die Gemeinde-, Kantons- und Staatsführung auf Kurs zu halten. Negative Beispiele – unter vielen anderen – sind Saudi-Arabien, wo ein ganzes Volk durch die unheilvolle Allianz zwischen «roten» Herrschern und «grünem» Klerus unterdrückt wird und die USA, wo eine «rote» Elite aus Politikern und Wirtschaftsführern mit den «grünen» Medien zusammenarbeitet, um das «blaue» Volk in Unwissenheit um die wahren Machtinteressen zu halten.

Diese Einsicht wäre ein besseres Mittel, um die Demokratie weltweit durchzusetzen bzw. zu stärken, als in ihrem Namen Kriege zu führen.

### Verhalten und globale Herausforderungen

Die Überlieferungen der Kulturen haben uns immer wieder ermahnt, Verständnis für die Mitmenschen zu zeigen und Gewalt zu vermeiden. Sie wussten, dass ein Widerspruch zwischen unseren roten Instinkten, blauen Gefühlen und grünen Gedanken zu einem absurden, tödlichen Verhalten führt. Gegenwärtig nimmt diese Absurdität zu, denn obwohl uns die Evolution mit dem höchstentwickelten Gehirn aller Lebewesen versah und damit die besten Voraussetzungen zum Überleben schenkte, versuchen wir unaufhörlich, uns gegenseitig

umzubringen. Seit etwa hundert Jahren tun wir sogar unser Bestes, um unsere Vernichtung durch eine Zerstörung unserer Umwelt sicherzustellen. Die Evolution hat unsere Köpfe jedoch nicht zu achtzig Prozent mit einer bewusst denkenden Substanz gefüllt, damit wir sie in den Dienst des roten Reptiliengehirns stellen, sondern umgekehrt. Diese Kurskorrektur ist dringend erforderlich, denn unsere «grüne» Struktur hat nicht nur zu mächtigen technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen geführt, sondern gleichzeitig auch zu einem illusionären Machtrausch, der die grüne Fähigkeiten in den Dienst des roten Gehirns stellt und das blaue Mitgefühl zunehmend vernachlässigt. Im Klartext: Die kurzsichtigen und egoistischen globalen Machtstrukturen werden mittels einer bewusst falschen Interpretation der Evolutionstheorie zunehmend unsozialer, derweil die Mehrheit die Gefahr entweder aus heuchlerischem Eigennutz missachtet oder ihre Augen vor der Gefahr ängstlich verschliesst.

Die Zeit rennt uns aber davon. Wir haben kein weiteres Jahrhundert Zeit, um unsere «grüne» Intelligenz für eine global gerechte, nachhaltige Welt einzusetzen. Wenn wir uns weiterhin rückwärts in Richtung der Dinosaurier entwickeln, werden wir als Spezies verschwunden sein, lange bevor wir ankämen. ■

### Quellen

- *KOM3, Heimkurse für Wirtschaftspsychologie, Zug, 2003.*
- *Luczak, Hania, «Signale aus dem Reich der Mitte», GEO Nr. 11, 2000.*
- *Lüscher, Max, «Signale der Persönlichkeit: Rollenspiele und ihre Motive», Econ Verlag, 1996.*
- *MacLean, Paul D., «Triune Brain in Evolution»; Plenum Press, New York, 1990.*
- *Sauer-Sachtleben, M. (Hrsg.) «Kooperation mit der Evolution: Das kreative Zusammenspiel von Mensch und Kosmos», Eugen Diederichs Verlag, München, 1999.*



# Schwitzen für Bern

**Wer nach Bern will, läuft, fährt Pedalo oder macht Inline-Skating. Der erfolgreiche Sponsoring-Event der alternativen Nationalratsliste sicherte die finanzielle Basis der Wahlkampagne und war auch ein schönes Fest.**

**Stefan Gisler, SGA-Präsident**

Am 6. September präsentierte die alternative Nationalratsliste anlässlich des Sponsoring-Events die Wahlplakate und -broschüren. Eine solche Wahlkampagne kostet. Die kommunalen und kantonalen Parteien, welche die Liste tragen, verfügen nur über bescheidene finanzielle Mittel. Sie haben keine begüterten Wirtschaft- oder andere Interessengruppen hinter sich. Dafür viele engagierte Menschen.

So mobilisierten die alternativen Parteien ihre Basis, um mit einem Fest den Schlusspurt des Wahlkampfes zu lancieren und um mittels des Sponsoring-Laufs Geld zu sammeln. Dieser eine Anlass ist die Haupteinnahmequelle zur Finanzierung der Wahlkampagne.

45 Aktive waren am Samstag nachmittag jeweils 40 Minuten unterwegs. Da-

mit wurden zwei Effekte erzielt: Geld für die Wahlkampagne gesammelt und im näheren Umfeld direkte Wahlwerbung für die Liste 1 «Alternative Kanton Zug» gemacht. Durch kleinere und grössere Beiträge pro Läuferrunde durch über 500 SympathisantInnen kamen 50 000 Franken zusammen. So werden die budgetierten Kosten für die Wahlkampagne von insgesamt 55 000 Franken durch diesen Event fast voll gedeckt.

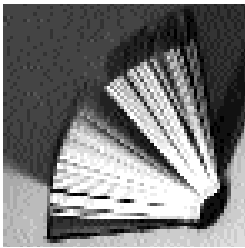
## Mit Schwung in die letzten Wochen

SGA-Regierungsrat Hanspeter Uster und Wahlkampfleiter der Alternativen zeigte sich begeistert ob dem Engagement: «Ein stimmiger, fröhlicher Anlass. Er zeigt, dass unsere Kandidierenden breit getragen werden und wir Alternativen mit dem nötigen Schwung in die letzten Wochen vor den Wahlen gehen. Unsere Sponsorinnen und Sponsoren unterstützen nicht nur wichtige politische Inhalte, sondern für ihr Geld fliesst ehrlicher Schweiß durch uns Politiker.»

Die Liste 1 «Alternative Kanton Zug» wird getragen von: SGA Kanton Zug, Kritisches Forum Cham, Frische Brise Steinhausen, Gleis 3 Risch, Forum Oberägeri, Freie Wähler Menzingen, Freie Wähler Neuheim.



## Buch



### Aus-Lese

#### Georgette Schmid, Mediathekarin kbz, Hünenberg

Ganz unterschiedlich präsentiert sich heute meine Auswahl. Im heissen Sommer hat sich ein Stapel mit eher dünnen Büchern gebildet. Nach Faulenzen, Baden, Wandern, Velofahren und Kinobesuchen lese ich nun wieder fleissiger. Allen Büchern gemeinsam ist jedoch, dass Werke dieser AutorInnen auch in einer anderen Kunstform Verwendung fanden.



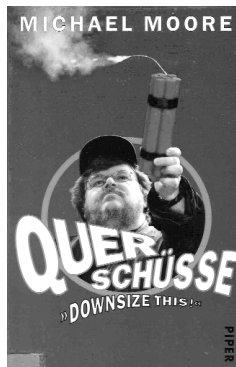
Die zarte Liebesgeschichte «**Mirko und Franca**» der Österreicherin **Hilde Spiel** thematisiert die Begegnung zwischen dem slowenischen Steinmetz Mirko und der schwermütigen Franca. Die Stadt Triest, Schnittpunkt mehrerer Kulturen, bildet den allgegenwärtigen Hintergrund. Das Mädchen, vom Vater missbraucht, kommt aus einer geschlossenen psychiatrischen Anstalt in private Pflege bei einem verständnisvollen alten Herrn. Von diesem erfahren wir die wechselvolle Ge-

schichte der Hafenstadt an der Adria, wo sich die Handlung 1978 abspielt. Mirko hat als Bildhauer grossen Erfolg, verliert dabei aber fast Franca. Der Roman erhielt höchstes Lob vom Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki und wurde verfilmt.

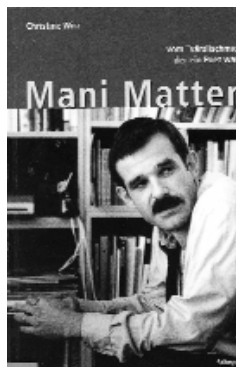


Birgit Vanderbeke  
*Geld oder Leben*  
S. FISCHER

**Birgit Vanderbeke**s neueste Erzählung «**Geld oder Leben**» wurde in der «Sonntagszeitung» vom 31. August 2003 gnadenlos verrissen, was mich aber nicht hinderte, sie mit Vergnügen zu lesen. Gesellschaft und Familienverhältnisse werden nach dem Umzug aus dem Osten in den Westen Deutschlands treffend und humorvoll geschildert und wecken manche Erinnerung an die Siebzigerjahre mit ihren Protesten gegen die herrschende Wertordnung. Antiautoritäre Erziehung ist in, WGs kommen auf, Studenten sind langhaarig, man trägt selbst gestrickte Pull-Over, Geld allein macht nicht glücklich, die Ölkrise bietet eine Chance zum Umdenken usw. Die Autorin hat viele Preise erhalten und kürzlich sah man «Das Muschel-essen» als Ein-Frau-Stück im Burgbachkeller in Zug.



Einmal mehr ins Schwarze traf **Michael Moore** mit «**Querschüsse**», einem Vorläufer zu «Stupid White Men». Bereits seit sieben Jahren stellt er die Mächtschaften der Reichen und Mächtigen in den USA an den Pranger. Er kritisiert aber nicht nur, sondern gibt auch gezielt Ratschläge. Eigentlich ist der Text witzig, aber das Lachen bleibt einem oft im Hals stecken. Moore verfasste auch das Drehbuch zum Film «Bowling for Columbine», das ein düsteres Bild der US-Psychologie zeichnet.



Gleiche Initialen für einen ebenso zeitkritischen, aber feiner gesponnenen Kulturschaffenden: **Mani Matter**. Dem Zuger Openair-Kino sei Dank, dass ich nach dem

Film «**Mani Matter - Warum syt dir so truurig?**» den aus einer Lizenzatsarbeit entwickelten Band «**Mani Matter**» von **Christine Wirz** zur Hand nahm. Die Autorin zeigt auf, wie es der schweizerischen Dialektdichtung gelang, aus dem Getto der «Blumete-Trögli»-Tradition auszubrechen dank Wegbereitern wie Kurt Marti, Ernst Eggimann oder Ernst Burren. Parallel dazu fanden die Berner Troubadours und **Mani Matter** neue Töne im doppelten Sinn: sprachlich und musikalisch. Der farbige Alltagslyriker und geistreiche Sprachvirtuose **Matter** fasziniert uns nach wie vor. In seinen Chansons sammeln sich Alltagserfahrungen im Umgang mit sich selbst wie auch mit den Mitmenschen. Inhalt, Form und Musik passen wunderbar zusammen, oder wie Kollege Fritz Widmer einen Journalisten zitiert und präzisiert: «Scharfsinn, Leichtsinn und Tiefsinn zeichnen seine Lieder aus». Manche erscheinen uns heute als politische Parabeln. **Mani Matter** hat der Schweiz in den letzten dreissig Jahren sehr gefehlt ...

Bei Redaktionsschluss dieses BULLETINS besuche ich eine Lesung von **Christine Rinderknecht** in der Bibliothek Menzingen, woraus sich bereits ein Titel für die nächste Aus-Lese ergeben dürfte. ■

#### Literaturangaben

- **Hilde Spiel**: *Mirko und Franca*, nymphenburger
- **Birgit Vanderbeke**, *Geld oder Leben*, S. Fischer
- **Michael Moore**, *Querschüsse*, Piper
- **Christine Wirz**, *Mani Matter*, Stämpfli



## Kino



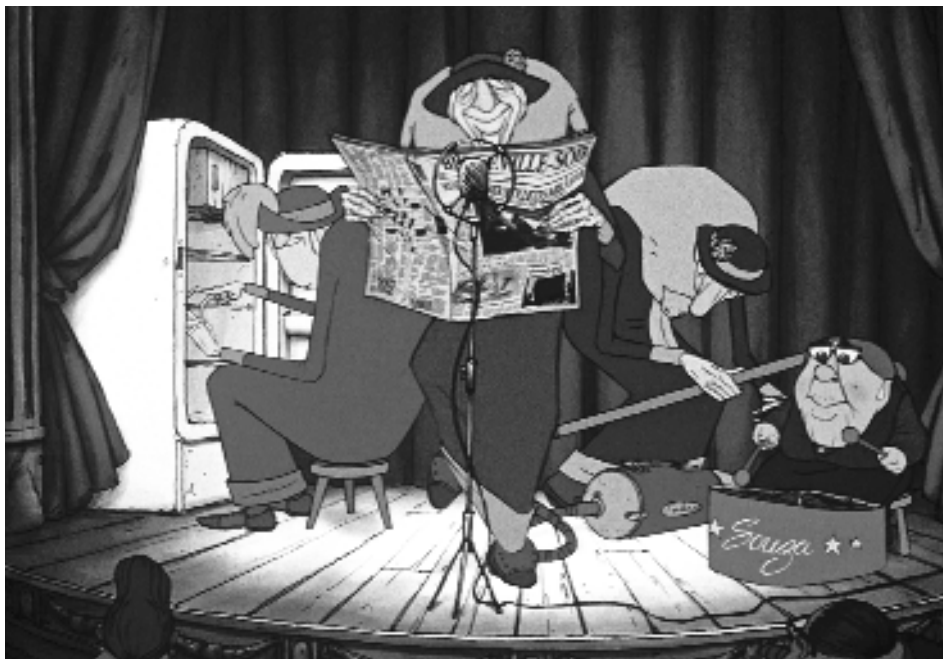
### «Les Triplettes de Belleville» von Sylvain Chomet (2003, F/B/CN)

Oswald Iten

Fernab von branchenüblichen Formeln, dafür mit einer grossen Portion Nostalgie überzeugt Sylvain Chomet mit seinem ersten Animations Spielfilm.

Wenn passionierte Animationsfilmer über Jahre hinweg an ihren Visionen arbeiten, entstehen häufig äusserst reizvolle Werke, die es jedoch aufgrund ihrer Sperrigkeit schwer haben, ein grosses Publikum zu finden (Grossanlässe wie das diesjährige Animationsfilmfestival Fantoche in Baden bilden die Ausnahme). Für den heute in Kanada lebenden Franzosen Sylvain Chomet gilt dies jedoch nur beschränkt. Zwar hat auch er Jahre im stillen Kämmerlein verbracht, um seine skurrilen aber liebenswerten Kreationen gedeihen zu lassen. Nur: Sein Kurzfilm «la vieille dame et les pigeons» wurde mit Preisen überhäuft und war auch beim Publikum ein Grosse Erfolg.

Nun hat er seinen ersten Zeichentrickfilm in Spielfilmlänge fertiggestellt und überzeugt abermals mit viel Feingefühl für die Tücken des Alltagslebens, die er mit subtiler bis hysterischer Komik darzustellen weiss. Im



Zentrum seiner wohlthuend gemächlich erzählten Geschichte steht wiederum eine alte Dame: Mme Souza, die portugiesisch-stämmige Grossmutter des Radrennfahrers Champion.

Als ihr Schützling während der Tour de France von der Mafia nach Übersee entführt wird, nimmt sie mit Hilfe von Champions treuem Hund Bruno die Verfolgung auf.

Erzählt wird die Geschichte übrigens aus Brunos Perspektive, was uns eine Reihe phantasievoller (Alp-)Traumsequenzen beschert, hat der

übergewichtige Vierbeiner doch ein Kindheitstrauma wegen einer Spielzeugeisenbahn.

Bei den titelgebenden «Triplettes de Belleville» (drei Schwestern im nunmehr fortgeschrittenen Alter, die mit Alltagsgegenständen Musik machen) finden Mme Souza und Bruno nach ihrer umwerfenden Ozeanüberquerung im Pedalo (zu den Klängen von Mozarts c-moll-Messe) Unterschlupf.

Erfreulicherweise kommt der Film praktisch ohne Dialoge aus, so dass für einmal auch Kinder nicht auf eine Synchronfassung angewiesen sind. Das Feuerwerk an Ideen, mit denen der Musiker Benoît Charest die nostalgische Atmosphäre der warmen und altmodisch anmutenden Zeichnungen untermalt, steht der graphischen Umsetzung in nichts nach. Vom Staubsaugersolo

bis zur Hommage an Fred Astaire und Django Reinhardt haben seine sehr französischen Jazz- und Akkordeonklänge genau jene Leichtigkeit, die eine kleine unpathetisch inszenierte Geschichte braucht.

Der kurze und kurzweilige Film erinnert nicht nur von fern an Jacques Tatis grösstes Werke, im Wohnzimmer der Triplettes hängt gar ein Plakat von Tatis «Mon oncle». Die Farben lassen in ihren warmen Erdtönen Erinnerungen an die Disneyfilme der Wolfgang-Reitherman-Ära der Sechziger Jahre aufkommen. Die Figuren stehen jedoch vom Stil her eher zwischen Jeunet et Caro (Delicatessen) und Wallace and Gromit.

Alles in allem ein unspektakulär liebenswerter Film, dessen Besuch sich auch für Kinder auf jeden Fall lohnt. ■



Wer erinnert sich noch an den Slogan der FDP? «Mehr Freiheit, weniger Staat.» Dieser ideologische Wegbereiter für die SVP gilt FDP-Exponenten plötzlich nichts mehr, wenn es um entsprechende Forderungen missliebiger Jugendlicher geht. O-Ton **FDP-Stadtpräsident Luchsinger** in der Neuen ZZ vom 4.9.2003: «Die Forderung nach autonomen Freiräumen ist ein anderer Fall; Die bergen ein hohes Gefahrenpotential, namentlich die Manipulation und Radikalisierung auch von an sich gut gesinnten Idealisten.» Genau! Und das Zeughausareal wird plattgemacht, leergelassen, Ohren zu und den Fall der Polizei anhängen. Und sich nachher scheinheilig über die «Radikalisierung» beklagen. Wie lautet doch gleich das aktuelle Motto der FDP? «Wir tragen Verantwortung.»

Die Verantwortung für diverse politische Scherbenhaufen trägt auf jeden Fall die FDP. In der Stadt setzte sich **Luchsinger** für das Museum Burg ein. Seine ParteikollegInnen stimmten gegen ihn. Und in der Bildungspolitik mit der Ablehnung der «Guten Schule» lässt die selbstdeklarierte Bildungspartei ihren **Regierungsrat Matthias Michel** im Regen stehen und kuschelt mit der SVP.

Von schlechter Bildung zeugen dabei die Argumente an der Delegiertenversammlung. Etwa die **FDP-Kantonsrichterin Iris Studer-Milz**: die Staatsangestellten hätten ja schon genug Lohn, machte sie Stimmung gegen die Vorlage von Matthias Michel. Dass es genau darum nicht geht, störte die Mehrheit der FDP-Delegierten nicht. Mann/Frau ist ja gebildet...

Vielleicht ist **Kantonsrichterin Studer** etwas von ihrem eigenen Lohn geblendet worden. Ihre Stelle gehört zu den absolut bestbezahlten in der kantonalen Verwaltung. Ein Lohn, der nochmals einen Sprung machen wird, sollte sie den Sprung zur Obergerichtspräsidentin schaffen, wenn Parteikollege **Alex Staub** tatsächlich Bundesrichter wird. Unser Vorschlag für einen aktualisierten FDP-Wahlslogan: Scheinliberal, inkompetent und inkonsequent.

Konsequent gestimmt hat **Hajo Leutenegger** laut WWF Öko-Check: bei keiner einzigen umweltrelevanten Abstimmung im Nationalrat hat Leutenegger ökoverträglich gestimmt und den Fragebogen des WWF zu beantworten, fand er auch nicht nötig. Genau so wie **SVP-Scherer**, der – wohl als Bauer – aber immerhin 2 von 31 mal richtig stimmte.

Da ist es vielleicht sogar den FDP-Strategen gschmuck geworden und so soll denn nun eine **U-40-Liste** die dringend gebrauchten zusätzlichen Parteistimmen zusammenkratzen. U-40? Wir fänden Ü-30 treffender. Oder Ü-30 L. L für light. Ganz zugkräftig wäre auch 34n (3 for nothing).

More or less for nothing kam **Ueli Maurer** nach Zug. Das gross angekündigte Wahl-Event der SVP musste mangels Menge sogar um eine Stunde verschoben werden. Jeder für sich und alle gegen **Scherer** scheint sogar für die manches gewohnte SVP Basis zu viel.

Sehr viel Publikum hatte das gleichzeitig stattfindende **Sponsoring-Event der Alternativen**. Während 40 Aktive schwitzten, rannten, skate-

ten und pedaltten, ging das Essen aus und hatte es zu wenig Tische und Bänke. Mehr Optimismus, Leute! Mit dem Internet hat die **FDP** ihre liebe Mühe



Nichts zu sagen hat die **SVP** auf ihrer geradezu peinlich ehrlichen Website:



Nicht ganz auf der Höhe der Zeit die Webseite der städtischen **CVP**:



Na dann fröhliche Weihnachten.

Wir erinnern uns: vor einem Jahr hatte die **SVP** Mühe, links und rechts zu unterscheiden (seitenverkehrte Altstadt im Hintergrund). Bei diesen Wahlen entschied man sich, die Komplexität der Aufgabe zu reduzieren: ob links, ob rechts – scheissegal. Wir lassen uns den Spass nicht verderben und stellen uns einfach vor, sie

hätten Vordergrund und Hintergrund verwechselt. Sehen sie den Unterschied?

Den diesjährigen Ovi-Preis (Originellste visuelle Idee) bekommt der eigentlich nicht mehr kandierende wollende **Heinz Tännler**: seine süsse gelb-schwarz gestreifte Krawatte erinnert sinnigerweise an den diesjährigen Wespensommer. Leider verdeckt das Plakat die Wespentaille seines Listennachbars Betschart.



Süssigkeiten ziehen aber nicht nur Wespen an: «Die Wähler haben es ohnehin schon schwer. Lassen sie sich ihren Entscheid von **CVP-Nationalratskandidat Felix Horber** versüssen, mit Pralinen und Konfekt.» (Zitat Amtsblatt) Jetzt ist wenigstens klar, wozu die CVP Zahnbürstli verteilt.

Keine Zahnbürstli, dafür einen Flyer wie Frauen Frauen wählen können, verteilt die **Frauenzentrale**. Leider fehlt die Anleitung, welche Frauen Frauen (und Männer?) denn wählen sollen. Wir helfen nach und verweisen zuhanden fortschrittlicher Frauen (und Männer?) auf den **FDP-Hardliner Andreas Hotz**. Er preist **FDP-Wasserträgerin Andrea Hodel** an als Frau «mit ausgesprochen bürgerlicher Grundhaltung.» Noch Fragen?

## Veranstaltungen



«Mehr Autos in die Stadt» fordert die jüngste Ausgabe von «Gewerbe aktuell» und betont dabei genüsslich, dass in Deutschland an diversen Orten sich neuerdings Sozialdemokraten an vorderster Front für autofreundliche Städte einsetzen. Von solchen Rückfällen in die Verkehrssteinzeit unverschont sind die DetailistInnen von **Pro Zug** mit der Minitunnel-Initiative. Deutschlandorientierter sind die **Zuger GenossInnen** im Kantonsrat. Sie verteidigten das geplante Mega-Parkhaus beim neuen Zentralspital mit dem Hinweis auf den Parkplatzsuchverkehr.

Umgekehrt proportional zum vorerwähnten Argumentationsniveau wächst die Zuger Bevölkerung. 15,5 Prozentin 10 Jahren, während es nur 6Prozentin der gesamten Schweiz waren. Weniger als 20 Minuten hürnte der Zuger **Volkswirtschafts-Departementssekretär Gianni Bomio**, als er der Pendlerzeitung «20 Minuten» den Grund für das hohe Wachstum mit der hohen Treue der ansässigen Bevölkerung lieferte: «Einmal Zug, immer Zug.»

Die gute Meldung zum Schluss: die Verkehrsprobleme auf unserem Planeten dürften bald gelöst sein. Microsoft gab bekannt, dass sie zum Hauptlieferanten für Software in den Autos werden wollen. Eingedenk des jüngsten Stromunterbruches in den USA (Hauptgrund: ein Computerwurm, der einen Fehler im Microsoft-Betriebssystem ausnützt) sind wir zuversichtlich, dass eine massive Reduktion des mIV (motorisierter Individualverkehr) nur noch eine Frage der Zeit ist.

## Veranstaltungskalender

### **MO, 29. Sept.: Wahlpodium GIBZ**

18.00 – 19.15, GIBZ, Zug  
Podium zu Jugendarbeitslosigkeit, Drogen, Europapolitik, etc. Mit Manuela Weichelt-Picard, Liste 1 «Alternative Kanton Zug».

### **MI, 1. Oktober: Wahlpodium Frauenzentrale**

20.00, Burgbachsaal, Zug  
«Mehr Frauen – Mehr Perspektiven» mit Manuela Weichelt-Picard und Erwina Winiger Jutz, beide Liste 1 «Alternative Kanton Zug», und den anderen Zuger Nationalratskandidatinnen.

### **DO, 2. Oktober: Monatsbar**

Ab 18.30, ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA), Nachtessen und Barbetrieb.

### **SA, 4. Oktober: Wahlaktion «Alternative Kanton Zug»**

9.00-15.00, Metalli, Zug  
9.00-13.00, Rathausplatz, Baar.

### **SO 19. Oktober: Nationalratswahlen**

Bis 12.00, Urnen in allen Gemeinden.

### **SO, 19. Oktober: Wahlfest «Alternative Kanton Zug»**

Ab 12.00, Siehbachsaal, Zug. Mit Apéro.

### **DO, 6. Nov.: Monatsbar**

Ab 18.30, ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA), Nachtessen und Barbetrieb.

### **SA, 22. Nov.: Konferenz Frauenbildung**

Details s. Tagespresse.

### **DO, 4. Dez.: Monatsbar**

Ab 18.30, ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA), Nachtessen und Barbetrieb.

## WeltSichtBaar 3 – 2003

### **Kino Lux, Baar**

**Mi, 29.10.** 19.30: Eröffnungsapéro; 20.30: Konzert Boubakar Traoré, Spinnihalle.

**Do, 30.10.** 20.15: Suite Habana (Fernando Pérez, Kuba); CH-Vorpremiere

**Fr, 31.10.** 20.15: En attendant le bonheur (Abderrahmane Sissako, Mauretanien)

**Sa, 1.11.** 14.30: Ticket to Jerusalem (Rashid Masharawi, Palästina); 17.00: Numafung (Nabin Subba, Nepal); 20.15: A Peck on The Cheek (Mani Ratnam, Indien/Sri Lanka)

**So, 2.11.** 14.00: Elsewhere 1 (Nikolaus Geyrhalter, Global); 16.15: Elsewhere 2 (Geyrhalter); 18.30: Two Summers (Jorge Furtado, Brasilien); 20.15: The Russian Ark (Alexander Sokourow, Russland)

**Mo, 3.11.** 20.15: Je chanterai pour toi (Jacques Sarasin, Mali)

**Di, 4.11.** 20.15: I love you (Zhang Yuan, China)

### **Kino Gotthard, Zug**

**Do, 6.11.** 18.00: Numafung (Nabin Subba, Nepal)

**Fr, 7.11.** 18.00: I love you (Zhang Yuan, China)

**Sa, 8.11.** 17.00: En attendant le bonheur (Abderrahmane Sissako, Mauretanien)

**So, 9.11.** 17.00: A Peck on the Cheek (Mani Ratnam, Indien)

**Mo, 10.11.** 18.00: Elsewhere 1 (Nikolaus Geyrhalter, Global); 20.15: Elsewhere 2 (Geyrhalter), FLIZ-abend mit anwesendem Regisseur!

**Di, 11.11.** 18.00: Two Summers (Jorge Furtado, Brasilien)

**Mi, 12.11.** 18.00: Ticket to Jerusalem (Rashid Masharawi, Palästina)

## Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

BULLETINr. 3, Sept. 2003, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber: Verein DAS BULLETIN

Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: mstuber@ch.inter.net

Redaktion: Natalie Chiodi, Elisabeth Höfliger, Michel Mortier, Adelina Odermatt (Fotos), Gerhard Schmid, Martin Stuber.

Produktion/Schlussredaktion: Stefan Gisler

Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: ropress, Zürich

Gedruckt auf Reprint FSC (50% Recycle Papier, 50% FSC zertifizierter Frischfaseranteil)

Nutzauflage: 1250 Ex.

WEMF beglaubigte Auflage: 1062 Ex.

Abonnements: Fr. 20.-; KleinverdienerInnen Fr. 10.-;

Unterstützungsabo: Fr. 50.-; Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf: Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

Nr. 4/2003. Redaktionschluss: Montag 8. Dezember 2003; Erscheinungsdatum: Freitag, 19. Dezember 2003

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter [www.sga-zug.ch](http://www.sga-zug.ch)

# AZB 6304 Zug

Adressberichtigungen melden: SCA, Postfach 4805, 6304 Zug

19. Oktober  
FDP 0 (-1)  
SVP 0 (-1)  
CVP 0 (-1)  
Linke 3 (+3)